

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Braunstr. 1/3, und durch Buchhandlungen zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Bande M. 2.50. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.92. Im Einzelnen Post am Ort, M. 2.84.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verlagsanstalt
Neue Braunstr. 1/3
18. Poststr.
Königsberg
Telephon 1206
Expedition 1206

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206

Nr. 86.

Donnerstag, den 14. April 1910.

21. Jahrgang.

Schlussabstimmung und Vergewaltigung.

Man muß es der Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses lassen, in allem, was sie tut, bleibt sie sich selbst getreu. Wie sie es im allgemeinen treibt, treibt sie es auch in allen Einzelheiten, sie ist nicht nur eine Meisterin der großen Schurkenstreiche, sondern sie läßt sich auch die kleineren Unanständigkeitlichkeiten nicht entgehen, sie treibt die Gemeinheit bis ins kleinste Detail. Wären ihre Charaktereigenschaften noch mit Intelligenz verbunden, so wäre sie in noch höherem Maße eine öffentliche Gefahr, als sie es ohnehin schon ist. Aber glücklicherweise, an der Intelligenz fehlt es, und so kann man im Zweifel darüber sein, ob der Standaal, mit dem sie den ganzen ständischen Wahlschandaal am letzten Dienstag illustriert hat, als Schandaal verurteilt oder als parlamentarisches Dummengeschrei verurteilt werden soll.

Man wollte der Minderheit das Wort verbieten, und man hat damit den sozialdemokratischen Abgeordneten einen moralischen Triumph, sich selber eine blamable Niederlage bereitet. Den Sozialdemokraten sollte bei der Schlussabstimmung der Wahlrechtsvorlage das Wort abgesprochen werden. Zu diesem Zwecke erteilte der konservativste Führer Herr v. Pappenheim dem Schriftführer, wie er sich selbst ausdrückt, „den Auftrag“, ihm sofort Meldung zu erstatten, wenn sich ein Sozialdemokrat zur Beratung der einzelnen Paragraphen zum Wort melden sollte. Was dies geschah, so sprang sofort der Freiherr v. Nitzsch als konservativer Strohmann vor, um sich vor dem Sozialdemokraten in die Rednerliste eintragen zu lassen, und auf das Wort, nachdem es ihm erteilt war, zu verzichten. Damit sollte dem Erfordernis der Geschäftsordnung, daß die Debatte erst nach dem ersten Redner geschlossen werden dürfe, formell Genüge geleistet werden, und sofort nach dem Wortverzicht der konservativen Puppe lauschte das Volk des Debateschlusses herab. Das Zentrum machte dieses Knabenhafte und unsaubere Manöver von Anfang bis zu Ende treulich mit. Das Ergebnis war, daß zwar die Sozialdemokraten nicht zu den einzelnen Paragraphen der Vorlage sprechen konnten, daß sie dafür aber in einer stundenlangen, tumultuarisch erzeugten Geschäftsordnungsdebatte der verbrecherischen Mehrheit Wahrheiten ins Gesicht schleuderten, wie sie sie bis dahin noch nicht zu hören bekommen hatten. Das weitere Ergebnis war, daß sich die Freisinnigen und halb und halb sogar auch die Nationalliberalen dem sozialdemokratischen Protest anschließen mußten, während die Rechte und das Zentrum, im Bewußtsein, eine verlorene Sache zu vertreten, kaum noch Worte fanden, um die Schamlosigkeit ihres Vorgehens zu beschönigen. Der schuldhafteste Präsident, Herr von Pröcher, spielte dabei die wichtigste Figur, er sammelte während der sozialdemokratischen Anklagereden mechanisch einen Ordnungsruf nach dem anderen und wurde zum Schluß auch den schärfsten Angriffen gegenüber stumm, ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß. Alles in allem, es war eine Verhandlung, die dieses „hohen Hauses“ würdig war, und der „Ernst“, mit dem sie von der Mehrheit geführt wurde, entsprach völlig dem Werte des Gegenstandes, der zur Beratung stand. Die „Wahlreform“ des schwarzen Hades ist selber ein Standaal, wie die Existenz dieses ganzen sogenannten Parlaments ein Standaal ist, und so gab es denn auch eine geschäftsordnungswidrige, illoyale Schlussabstimmung mit Standaal. Dieses Ende krönt das Werk — und Fortsetzung folgt im Herrenhause.

Auch von den tumultuarischen Vorgängen der Schlussabstimmung abgesehen, gehört die Verhandlung vom Dienstag zu den erregendsten Debatten, die jemals in deutschen Parlamenten geführt worden sind. Es war der Abgeordnete v. Zedlitz, der das entscheidende Wort aller preussischen Wahlrechtsfeinde aussprach, indem er damit drohte, daß die Wahlrechtsbewegung zum Schluß im Blute des preussischen Volkes erstickt werden würde. Herr v. Zedlitz rechnete mit Bestimmtheit darauf, daß die jungen Söhne des Volkes, die den „Tod des Königs“ tragen, auf Gehelk junkerlicher Wahlrechtsfeinde bereit sein würden, ihre Waffen gegen ihre Brüder, Väter und Mütter zu richten. Ehe Herr v. Zedlitz berattigte vorwärtige, die Massen bis aufs Blut aufreizende Reden hielt, sollte er sich lieber einmal in militärischen Kreisen selbst erkundigen, wie man dort über die Sache denkt, und ob die Armee auch wirklich bereit ist, im Bürgerkrieg für den Fortbestand des Dreiklassenwahlrechts einzutreten. Herr v. Zedlitz würde dann erfahren, daß nicht nur die Masse der Soldaten für seine verbrecherischen Pläne nicht zu haben ist, sondern daß es auch Tausende von Offizieren gibt, die keine Lust haben, im Dienste einer feilen, falschen Parlamentariermehrheit am eigenen Volke die Rolle des Generals zu spielen. Mit erfreulicher, herzerfrischender Deutlichkeit hat Genosse Leinert dem freikonservativen Schleißheimer zu verstehen gegeben, daß die Zeit der Durchfuhr des preussischen Volkswortes ist. Die Massen planen keine Gewalttätigkeiten, sondern wenden im Geanteile alles auf, um auf friedlichem Wege

zu ihrem Ziel zu gelangen, sie hegen auch die feste Hoffnung, daß sie auf solche Weise trotz Landtag und Regierung ihr Ziel erreichen werden. Sie haben ihre Kampfmittel noch lange nicht erschöpft, und sind noch weit entfernt davon, zu den letzten Mitteln der Verzweiflung zu greifen. Aber wenn Herr v. Zedlitz die Schreden des Bürgerkriegs an die Wand malt, den, vielleicht ihn selber ausgenommen, niemand will, so muß die Antwort darauf lauter: Pange machen gilt nicht.

Gerade solche Reden, wie jene des Herrn v. Zedlitz dienen dazu, die Armee reif zu machen, so daß bald niemand mehr daran wird denken können, sie als Leibgarde des Dreiklassenwahlrechts zu mißbrauchen!

Ueber den Verlauf der Sitzung wird uns geschrieben: Daß die Schlussabstimmung im Dreiklassenhause die Aufrechterhaltung der schwarz-blauen Schnapsblockbeschlüsse dritter Lesung bringen würde, war zu erwarten, nachdem ein anderweitiges, Nationalliberale und Freikonservative befriedigendes Schachergeschäft in diesem Stadium unmöglich geworden war. Aber die schwarz-blaue Mehrheit der Junker und Heiligen hielt es für nötig, ihrer Volksentrechtung noch eine Vergewaltigung der Geschäftsordnung hinzuzufügen. Die Spezialbeschlüsse wurde einfach weggestrichelt. So wollten es die Junker und ein bürgerlicher Junker-Handlanger namens Schulze-Pelkum, der nebenbei Schriftführer des Hauses ist, führte diesen Auftrag aus. Mit schöner Offenheit gebrauchte der Junkerführer von Pappenheim auch den Ausdruck „Auftrag“ und, um nur ja keine Zweifel über das Junkerkommando in der konservativen Partei und im Abgeordnetenhaus aufkommen zu lassen, stellte sich auch Herr Schulze-Pelkum als Beauftragter der Pappenheimer vor, mit der einzigen Einschränkung, daß er seinen Auftrag nicht als Schriftführer, sondern als Privatmann empfangen haben will. Mit Ordnungsrufen und wichtig sein sollenden Redensarten sprang Präsident v. Pröcher seinen Leuten bei. Die Genossen Stöbel, Diehtnecht und Sirsch, denen auf solche Weise das Wort abgesprochen wurde, brandmarkten das Verhalten der Mehrheit. Aber auch so rechtsstehende Freisinnige wie Fischbeck und Müller-Sagan verloren angesichts des Junkerübermutes ihre Gemütsgebäude. Und selbst die Nationalliberalen ließen durch Herrn Friedberg einen scharfen Grenzstreifen zwischen sich und der geschäftsordnungsbrüchigen Mehrheit ziehen. Das Zentrum aber, diese wadere Partei der theoretischen Anhänger des Reichstagswahlrechts, machte alle Gewaltstreich mit und bewies aufs neue, daß es die irdischen Vorteile, die das Synbild der Ritter und Heiligen abwirft, dem idealen Ruhme einer „Volkspartei“ vorzieht.

Wenn die Nationalliberalen als Minderheitspartei die Gewaltspolitik der Schwarz-Blauen nicht mitmachen, so soll das gern anerkannt werden, besteht die Partei aber nicht von der schweren Schuld, die sie in dem Wahlrechtsstreite auf sich geladen hat. Noch einmal hatten die Nationalliberalen Gelegenheit, mit halbwegs anständiger Miene sich aus dem Spiel zu ziehen. Sie brauchten nicht einmal für das Reichstagswahlrecht einzutreten. Sie konnten nur auf ihre immerhin eine Abschwächung des Plutokratismus bezweckenden Anträge auf Prozentualisierung (10 Prozent in der ersten und 20 Prozent in der zweiten Klasse) hinarbeiten, um auf dem düsteren Hintergrunde des zentralistischen Volksberrats sich immer nur als relative Volksfreunde abzuheben. Statt dessen jammerte Herr Friedberg in holdem Wettstreit mit dem Oberscharmacher v. Zedlitz über Maximierung und Drittelung in den Wahlbezirken, also darüber, daß das Wahlrecht noch längst nicht plutokratisch genug sei. Dadurch wurde Herr Serold die gewünschte Gelegenheit geboten, die Zentrumspartei als Ketterin vor der völligen Plutokratierung des Wahlrechts vorzuführen. Glauben wir Herr Serold allerdings höchstens noch in ganz unumschränkter Weise von den von Papänen beherrschten Dörfern finden. Der edle Streit zwischen Friedberg und Serold über das Maß der Volksfreundlichkeit ihrer diesbezüglichen Parteien erinnerte stark an den Heineschen Kampf zwischen Rabbi und Wändch. Das entscheidende Bekenntnis des Fortschrittlers Cassel zum Reichstagswahlrecht hätte sich noch vorteilhafter von der Friedberglade abgehoben, wenn Herr Cassel darauf verzichtet hätte, die Bereitschaft des Freisinn zur Entgegennahme von Abschlagszahlungen überflüssigerweise hervorzuheben. Die eigentlich herrschende Partei, die Konservativen mit ihrem nicht gerade urteuonisch aussehenden Scherbrand, beteiligte sich gar nicht an der Debatte und gab mit einer an Herrn v. Normann erinnernden Kürze nur die Erklärung ab, daß sie für unveränderte Aufrechterhaltung der Beschlüsse dritter Lesung eintritt. Der freikonservative Redner dagegen, Herr v. Zedlitz, ließ wieder einmal eine Schachmacherrede vom Stapel und wirkte auf die Parteimasse, als er die Zentrumspartei der

schwarzesten demokratischen Pläne beschuldigte. Seine Hoffnungen setzt Herr v. Zedlitz auf König und Herrenhaus. Er hofft noch immer, die synthetische höhere Einheit zwischen Alkoholblock und Schnapsblock zu finden.

Das Proletariat hat gewußt, daß es nicht Zeigen ernten kann von Dornen und daß es von den Junkern kein volkstümliches Wahlrecht erhält. Es ließ durch seine Vertreter, die Genossen Borgmann und Leinert, den erneuten Protest der Millionen Arbeiter und freierbürgerlicher Bürger gegen die Beschlüsse eines Hauses erheben, das von einer Volksvertretung nicht als den Namen und das einem schändlichen Verfassungsbrüche sein Dasein verdankt.

Die Chancen der Wahlrechtsvorlage im Herrenhause, so schreibt die „N. P. O.“, stehen zur Zeit wenig günstig. Es ist eine starke Partei vorhanden, die das geheime Wahlrecht auch bei der Umwälzung nicht will, so daß die Ablehnung der Vorlage keineswegs außer dem Bereich der Möglichkeit liegt, obwohl andererseits auch angesehen Mitglieder des Hauses für dieselbe wirken. Daß jedoch eine derartige Veränderung der Vorlage zustande kommt, um es auch den Nationalliberalen zu ermöglichen, dafür zu stimmen, erscheint in hohem Grade unwahrscheinlich.

Politische Uebersicht.

Erziehung zur Gesetzlichkeit. Nach dem glänzenden Verlaufe der Massenemonstrationen vom letzten Sonntag darf man die alte Polizeipraxis, die in jeder sozialdemokratischen Kundgebung eine durch Verbot zu beseitigende Gefährdung der öffentlichen Sicherheit erblickte, als endgültig abgetan betrachten. Die Erziehung der Behörden zu einer vernünftigen Gesetzlichkeit ist aber mit der Ermöglichung der Versammlungsfreiheit noch lange nicht vollendet. Noch immer glauben die Polizeibehörden in Berlin und anderswärts einen Unterschied zwischen Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen machen zu dürfen; die ersten sollen für die öffentliche Sicherheit ungefährlich und erlaubt sein, während die zweiten noch als „gefährlich“ gelten und verboten werden. Nach § 7 des Reichs-Vereinsgesetzes darf die Genehmigung eines Aufzuges nur dann verweigert werden, wenn Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht; die Behörde ist also verpflichtet, einem Aufzuge, dessen ruhiger, geordneter und gefahrloser Verlauf vorauszusehen ist, die Genehmigung zu erteilen.

Noch seltsamer nimmt es sich aus, wenn manche Behörden die Genehmigung zu Massenmeetings oder Aufzügen von der Bedingung abhängig machen, daß keine Abzeichen getragen, keine Fahnen entfaltet werden dürfen. Es mag taktisch richtig sein, sich gelegentlich solchen „Bedingungen“ zu fügen, da schon in der bedingten Zulassung von Versammlungen und Aufzügen im Freien ein großer Fortschritt gegen früher zu erkennen ist. Grundsätzlich muß aber daran festgehalten werden, daß die Behörde nicht berechtigt ist, die Genehmigung von solchen „Bedingungen“ abhängig zu machen. Durch das Tragen von Abzeichen und Fahnen wird eine Versammlung oder ein Aufzug, der ungefährlich für die öffentliche Sicherheit und daher zu genehmigen ist, nicht zu einem gefährlichen Unternehmen, das verboten werden kann. Die Veranlassung von Aufzügen mit Fahnen von beliebiger Farbe muß von der Behörde genehmigt werden, wenn keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorliegt.

Die bisherigen Erfolge der Massentaktik lassen uns nicht daran zweifeln, daß es ihr gelingen wird, die behördliche Willkür des Polizeistaates auch aus ihren letzten Schlußpunkten zu vertreiben. Einem Volke aber, das sich nach der demokratisch regierten Völker öffentlich regen kann, wird man auch die übrigen Grundrechte der Demokratie, vor allem das freie Wahlrecht, nicht lange mehr vorzuenthalten können.

Das Reichswertungswachstumssteuergesetz. Dem Reichstage ist nunmehr der Entwurf eines Reichswertungswachstumssteuergesetzes zugegangen. Die Regierung wünscht eine Verabschiedung des Entwurfes noch vor der Verlesung des Reichstages.

Der Entwurf sieht nur eine Besteuerung des Wertwachses von Immobilien vor, während von der Besteuerung des Wertwachses bei Wertpapieren abgesehen ist. Im allgemeinen haben die Wünsche, die bei der Einbringung der Vorlage geäußert wurden, Berücksichtigung gefunden. Die neue Steuer soll einen Reinertrag von 80 Millionen Mark abwerfen. Die Wertwachstumssteuer soll beim Verkauf der Grundstücke von den Kommunen erhoben werden, die 6 Prozent der Steuer an das Reich abführen. Die Steuerhöhe wird nach der Höhe der Grundstücke für gewisse Fälle ist Steuerfreiheit vorzusehen. Die Grundstücke des Entwurfes werden die alten Höhe auf, wie bei den von den Kommunen geltenden Wertwachstumssteuern. Es soll ein verbindliche Gewinn verneuert werden, der aus den Grundstücken der Kommunen und des Staates erzielt wird. Ein gewisser Prozentsatz des Wertwachses soll von den Kommunen abgeführt werden.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meines geliebten Mannes, unseres Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels
Carl Ueberschaer
sagen wir allen unseren tiefgefühltesten Dank, besonderen den Herren Kollegen, die unserem teuren Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen haben.
Die trauernden Hinterbliebenen
Familie Ueberschaer.

Stadt-Theater.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
„Madame Butterfly“.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
„Cecile und Marianne“.
Freitag 7 1/2 Uhr:
„Mignon“.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
„Madame Butterfly“.

Lobe-Theater
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
„Der Graf von Luxemburg“.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
„Lili“.
Freitag 7 1/2 Uhr:
„Das Konzert“.
Sonnabend 7 1/2 Uhr:
„Der Graf von Luxemburg“.

Thalia-Theater.
Sonnabend:
Gruppe L. 1. Vorstellung.
„Außerhalb der großen Menge“.

Schauspielhaus
Mittwoch 8 Uhr:
„Die Falschheit“.
Donnerstag 8 Uhr:
„Die Medaille“.
Freitag 8 Uhr:
„Die Falschheit“.
Sonnabend 8 Uhr:
„Die Medaille“.
Premiere.
„Der Weiberfeind“.
Dramatische Gesellschaft.
Mittwoch den 17. April.

Lieblichs Etablissement
Lotte Sarrow
in ihrem Wintergarten
„Die Ehebrecherin“.
Aufsagen:
Bernhard Mörbitz
etc. etc.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Theater
Schimpanse
Conrad James Great
Perzina's zoolog. Patpourri
u. die übrigen Kunststücke.
Anfang 7 1/2 Uhr. Bons gültig.
Jed. Mittwoch u. Sonnabend:
Nachm.-Vorstellung
Staber halbe Preise.

Zeitgarten
Dir. H. Krüsmann.
Willi Haase
mit seinen Entwürfen
und die neuen
Spezialitäten.

Verlangen Sie überall
nur die vorzügliche
Braun's-Brause.



Wir empfehlen
Teilnehmern am Vortragskursus
des Genossen **Graf**
als geeignete Ergänzung nachfolgende Werke:

- Geistik, Geologie 0,80 Mk.
- Linke, Werden der Welt 1,- "
- Meyer, Erdbeben und Vulkan 1,- "
- Bölsche, Der Steintohlenwald 1,- "
- Stammvater der Tiere 1,- "
- Abkammerung des Menschen 1,- "
- Maurenbrecher, Biblische Geographie
Heft 1-10 à Heft 0,40 "
- Amberg, Die Darwinische Theorie 2,- "
- König, Wunder des Kosmos 5,- "

Buchhandlung Volkswacht.



Strohüte
für Damen, Herren und Kinder
billigst **direkt** in der Fabrik
Freund & Krebs
Neue Grapenstrasse Nr. 11, Hof.
Strohüte werden modernisiert u.



Garantiert
frei von
das beste Waschmittel.
1/2 & Paket 15 Pfg.



Möbel
Gute Waren spottbillig
ant
Abzahlung
Muzige
überzieher,
Kinderwagen
Anzahlung
Nebensache!
Max Biermann
52 Ring 52, 1. Stg.
neben der Stogasse.
Filiale:
Waldenburg i. Egl.
Auch nach auswärts.

50000 Paar Strümpfe

bringen wir nach erfolgter Rückkehr von unserer Einkaufsreise aus Sachsen zu aussergewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf. Trotz dieser enorm billigen Preise kommen nur prima Qualitäten zum Verkauf, für deren Haltbarkeit und Solidität wir volle Garantie leisten.

- Kinderstrümpfe, schwarz und geringelt, 1-3 Paar **18** Pfg.
- Ersatzfüsse, schwarz und lederfarbig, nahtlos
- Damenstrümpfe, schwarz und braun
- Herren-Schweisssocken, nahtlos im Fuss
- Kinderstrümpfe, schwarz und geringelt
- Kinder-Söckchen, verschied. Grössen u. Farben
- Damenstrümpfe, geringelt, schwarz und braun
- Damenstrümpfe, schwarz u. leder, durchbrochen
- Herren-Socken, verschiedene Sorten
- Kinder-Söckchen, entzückende Neuheiten
- Kinderstrümpfe, schwarz u. geringelt, gr. Gröss.
- Damenstrümpfe, bunt geringelt
- Damenstrümpfe, diamantschwarz und braun, 2/3 nahtlos gestrickt
- Herren-Socken, geringelt und einfarbig
- Kinder-Söckchen, prima Qualität, Mittelgrössen
- Damenstrümpfe, nahtlos im Fuss, vorz. Qualität
- Damenstrümpfe, geringelt, Stiefelmuster
- Damenstrümpfe, schwarz, durchbrochen
- Socken, aparte Jacquard-Muster, beste Qualität
- Paar **25** Pfg.
- Paar **35** Pfg.
- Paar **42** Pfg.
- Paar **55** Pfg.

Grosse Posten
Damenhandschuhe 18 25 32 Pfg.
mit und ohne Druckköpfe

Lucas Nachflg. Fraenkel
Schmiedebrücke 54. 1952
Grösstes Strumpfhaus am Platze.

Demokratische Vereinigung.

Donnerstag, den .4. April, abends 8 Uhr,
in Sauer's Saal, Striegau:
Grosse öffentliche
politische Versammlung.

- Tagesordnung:**
1. Finanz- und Wahlreform.
Referent: Gotthold Sigling aus Breslau.
2. Freie Aussprache.
Jedermann ist herzlich willkommen. 1955

Aus Anlaß meines Scheidens von hier, lege ich allen meinen Freunden und Bekannten für die rege Unterstützung meinen verbindlichsten Dank.
1959
Strieg: **Abschieds-Feier.**
Carl Hellwig, Weinstrasse 85.

Konsumverein für Gottesberg und Umgegend

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Sonnabend, den 17. April, nachmittags 2 Uhr, im Saale des Gasthofes „Zur Erholung“:
Grosse öffentl. Konsumenten-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Geschäftsführers Genossen Tittel über die Vorteile der Konsumvereine für die Arbeiterschaft.
2. Die Errichtung der Verkaufsstelle in Hinter-Fellhammer.
3. Wahl von Vertrauensleuten.
Die Eröffnung der Verkaufsstelle in Bothenbach findet am Freitag, den 15. d. M., statt.
1954
Konsumverein für Gottesberg u. Umgegend.
Der Vorstand.

Geschäfts-Anzeige!

Jedem, welcher es mir, durch einen Brief an Gottesberg mit Rücksicht auf die Lage, bis ich hier zu sein beginne, 1957
Zigarren-Geschäft
Heinr. Jung, Zigarren-Geschäft u. Co. in Gottesberg, Striegaustr. 17 b.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Hirschberg.
Sonnabend, den 16. April, abends 8 Uhr:
Ausserord. Mitglieder-Versammlung i. d. Alten Hoffnung.
Das Erscheinen der Altgenossen ist notwendig. 1959

Wir empfehlen:

Los von der Kirche.

Eine durch drei Ordnungstrafe und Wortentziehung unterbrochene, aber im Feenpalast zu Berlin vollendete Landtagsrede von Adolph Hoffmann.
Preis 20 Pfennige.
Buchhandlung „Volkswacht“

Saison-Gröffnung!

Österrische Fahrrad-Industrie,
Breslau, Blücherplatz 20, Ecke Ring.
Wir bieten Ihnen enorme Vorteile.
Zur Einführung geben wir Ihnen einen grossen Posten
wir einen grossen Posten
Spezial-Maschinen mit einjähriger Garantie
Lieferung
konzurrenzlos billig.
Ersatz- und Zubehörteile wie Baumaterial, Ketten, Schalen, Gläser, Freilaufnaben mit Nütztribrenne, Nages, Contax usw. unterhalten wir reichhaltiges Lager.
Gebrauchte Fahrräder 20, 25, 30-50 Mark.
Überzeugen Sie sich, wie vorteilhaft und reell Sie bei uns kaufen.
1959



Donnerstag, den 14. April 1910.

Die Reichsversicherungsordnung.

Eine Erläuterung.

Über dieses wichtige Thema hielt, wie wir schon gestern kurz berichteten, Genosse Bauer, Berlin in der Hauptversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen Schlesiens am Sonntag einen sehr interessanten Vortrag, aus dem wir folgendes über die Krankenversicherung hervorheben möchten:

Wit freuen zu begrüßen ist, daß die Ausdehnung der Versicherungspflicht vorgesehen und damit endlich einer Forderung der gesamten Bevölkerung entsprochen wird. Auch der zweite Entwurf einer Reichsversicherungsordnung hat darin nichts geändert. Die Landarbeiter, Dienstboten, Lehrer und Erzieher, die Hausgewerbetreibenden, die nicht ständig beschäftigten Arbeiter, die Wandergewerbetreibenden, die Orchestermitglieder, sie alle sollen dem Versicherungszwange unterworfen werden, wenn ihr Jahres-Einkommen 2000 Mark nicht übersteigt. Der Grundgedanke ist oben der, versichert soll jede erwerbstätige Person sein, ähnlich wie bei der Unfallversicherung. Jetzt hängt die Krankenversicherungspflicht von bestimmten Betrieben ab, in Zukunft nicht mehr. Nur ist nicht Rechnung getragen einem Wunsche der Krankenkassen, die Verdienstgrenze zu erhöhen. Es ist verlangt worden, daß auch bei der Krankenversicherung die Verdienstgrenze auf 2000 Mark festgesetzt wird. Der 4. allgemeine Krankenkassenkongress in Berlin hat in Übereinstimmung mit den Privatangehörigen verlangt, daß die Versicherungspflicht auf alle Arbeiter und Angestellten mit einem Lohn bis zu 5000 Mark ausgedehnt wird. Wesentlich in Rücksicht auf die Ärzte, die nicht wollen, daß der Kreis der Versicherten erweitert wird, ist diese Ausdehnung unterblieben. Die Ärzte glauben, sie werden geschädigt, wenn die Zahl der Krankheitsmitglieder steigt. Doch das Interesse der Ärzte steht nicht im Widerspruch mit dem Interesse der Versicherten. Es ist doch abzuwägen, ob die Interessen der 18 Millionen Versicherten, die wir später haben werden, schwerer wiegen, als die der paar tausende von Ärzten. Unsere Regierung ist nur zu leicht geneigt, solchen Sonderinteressen Rechnung zu tragen.

Dann enthält der Entwurf erweiterte Bestimmungen über die Leistungen der Krankenkassen. Sie sollen berechtigt sein, in Fällen, wo Krankenhausbehandlung angebracht ist, die Wartung und Krankenpflege durch Krankenpfleger und -Schwestern zu übernehmen. Das war den Krankenkassen bisher nicht erlaubt. Sie sollen ferner berechtigt, aber nicht verpflichtet sein, ein Stützgeld in Höhe der Hälfte des Krankengeldes bis zur Dauer von 12 Wochen nach der Entbindung zu gewähren, was einer Forderung des Bundes für Mutterschutz entspricht. Das liegt im Interesse eines gesunden Nachwuchses. Diese Bestimmungen müßte deshalb so gefast werden, daß das Stützgeld obligatorisch wird. Später sollen die Kassen verpflichtet sein, auch den trunksüchtigen Kranken Krankengeld zu geben.

Aber wir bekommen neben den Verbesserungen auch Verschlechterungen. So soll für das gesamte Versicherungsgebiet festgelegt werden, daß ein Arbeitsverhältnis zwischen Ehegatten nicht zustandekommen kann. Gerade in der Hausindustrie ist die gegenwärtige Bestimmung, die in diesem Falle ein versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis kennt, sehr wünschenswert. Für Tausende und Untertausende bedeutet die Verschlechterung einen schweren Schaden. Weiter kommt hinzu, daß die freiwillige Versicherung erschwert werden soll. Jetzt ist jeder berechtigt, freiwilliges Mitglied der Kasse zu werden,

wenn er vorher Zwangsmittel war; ob er es einen Tag war oder ein Jahr, das war gleichgültig. Später soll es heißen, wer freiwilliges Mitglied werden will, muß nachweisen, daß er im vorausgegangenen Jahre 26 Wochen versichert war, oder es muß eine ununterbrochene Mitgliedschaft in einer Kasse von 6 Wochen vorhanden sein. Dagegen müssen wir uns wehren.

Es liegt doch im Interesse der werktätigen Bevölkerung, daß die freiwillige Versicherung erleichtert wird. Die gegenteilige Bestimmung steht direkt im Widerspruch mit dem Bestreben, den Kreis der Versicherten größer zu machen.

Nun zur Ordnung der Versicherungsträger im allgemeinen. Der erste Entwurf ging von dem Gedanken aus, daß eine Zentralisation erwünscht ist. Es ist eine alte Forderung der Ortskrankenkassen, daß die Zersplitterung der Kassen beseitigt werden soll. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung haben wir das; da sind große leistungsfähige Versicherungsträger vorhanden. Auch bei der Unfallversicherung ist die Zersplitterung nicht entfernt so groß. Die Krankenversicherung dagegen ist durchgeführt von 23.000 Kassen bei 11 Millionen Versicherten. Daß diese ungeheure Zersplitterung der Kräfte nicht im Interesse der Mitglieder liegt, darüber brauche ich in diesem Kreise von Sachverständigen kaum ein Wort zu verlieren; wir haben das die ganzen Jahre hindurch erfahren. Mitglieder, die jahrelang einer Kasse angehören, erhalten nach einem Wechsel der Arbeit oft nur die Mindestleistungen in den Kassen. Größere Versicherungsträger können ganz andere Leistungen durchführen, und alle die Orte beweisen, wo wir große Kassen haben. Sie haben Krankenhäuser und andere Institute errichtet, auch die Familien-Unterstützung besser eingerichtet. Deswegen fordern wir die Vereinheitlichung der Kassen, denn sie liegt im Interesse der Krankenfürsorge. Welcher hat die Regierung dem nur ganz wenig Rechnung getragen.

Als Versicherungsträger sollen die gemeinsamen Ortskrankenkassen vorgesehen werden, neben ihnen noch die Landkassen, denen auch die Dienstboten angehören sollen. Die vorhandenen Ortskassen bleiben bestehen, wenn sie mindestens 500 Mitglieder zählen und ihre Leistungen gleichwertig sind gegenüber den gemeinsamen Ortskassen. Durch die höhere Verwaltungsbehörde kann bestimmt werden, daß besondere Ortskassen bestehen bleiben, wenn sie 3000 bis 10.000 Mitglieder haben; es richtet sich das nach der Einwohnerzahl des Ortes. Diese Vorschriften sollte auch auf die Betriebs- und Innungs-Krankenkassen angewendet werden. Hier kann aber umgekehrt die obere Verwaltungsbehörde sagen, daß Betriebskassen erhalten bleiben können, wenn sie 250 Mitglieder haben; für einzelne Betriebe sollen sogar schon 100 Mitglieder genügen, während der Vorentwurf 200 Mitglieder festsetzte. Weiter sollen die Innungs- und Betriebskrankenkassen nur weiter bestehen dürfen, wenn ihre Leistungen nicht hinter denen der allgemeinen Kassen zurückbleiben und deren Lebensfähigkeit nicht gefährdet ist. Das ist aber bei den Innungs- und Betriebskrankenkassen leicht zu erreichen. Die Betriebskrankenkassen besonders stellen nur gesunde und junge Leute ein, was durch zahlreiche Fälle bewiesen wird. Und dann wird bei ihnen durch die Tätigkeit der Betriebsärzte dafür gesorgt, daß die Kranken viel schneller gesund geschrieben werden, als bei den Ortskrankenkassen. Das sind Dinge, die notorisch sind. Die Innungskassen sollen gar nicht beschränkt sein; haben haben manche von ihnen 14, 15 Mitglieder. Mit dieser Art der Durchführung des Zentralisationsgedankens können wir uns nicht einverstanden erklären. Der Gesetzgeber könnte doch wenig-

stens soweit gehen, wie er gegen die Erschlaffen, die freien Hilfskassen antämpft. Er sagt, daß neue Hilfskassen nicht errichtet werden dürfen; außerdem werden diese Kassen nur dann zugelassen, wenn sie mindestens 1000 Mitglieder haben. Dem könnten wir zustimmen, wenn es auf alle Kassen angewendet würde. Diese Forderung müssen wir mit Recht erheben, sie könnte auch der Reichstag betreten, wenn er die Interessen der Kassen wahren will. Dann ist eine Bestimmung im Entwurf, wonach auch bei den freien Hilfskassen der Arbeitgeber die Hälfte des Beitrages zahlen soll. Unsere Freunde in den freien Hilfskassen wollen davon nichts wissen. Aber es soll damit wohl auch manchem Unternehmer unmöglich gemacht werden, die Beiträge zu erparen. Das wird im Hamburger Gebiet und im Baugewerbe vielfach so gemacht; die Arbeitgeber stellen einfach keinen Arbeiter ein, der nicht Mitglied einer freien Hilfskasse ist. Kommen die neuen Bestimmungen für die freien Hilfskassen, dann ist ihnen der Lebensabend unterbunden, denn neue Mitglieder werden sie dann schwerlich aufnehmen können.

Zur inneren Organisation der Kassen sind sehr einschneidende Bestimmungen zu Ungunsten des heutigen Rechtszustandes vorgesehen. Soweit die Rechte der Unternehmer beschränkt werden können, sagt man immer in der Begründung des Entwurfes, daß man das historisch gewordene nicht antasten darf. Es wäre nur zu wünschen, daß diese Auffassung auch gegenüber den Ortskassen bestehen bliebe. Es ist aber beabsichtigt, die Generalversammlung der Kassen in Ausschuss umzutauschen und vorzuschreiben, daß er nie mehr als 50 Arbeitgeber und 50 Arbeiter haben darf. Dann kommt eine der wichtigsten Bestimmungen über die Einteilung des Stimmrechts und der Vertretung. Die Vorschläge im ersten Entwurf, daß die Hälfte der Beiträge von den Arbeitgebern zu zahlen sind, hat in allen Ortskrankenkassen den heftigsten Widerspruch hervorgerufen, und nur ein kleiner Teil der Arbeitgeber, die Groß-Unternehmer, sind damit einverstanden. Auf dem Krankenkassen-Kongress haben sich die Ortskassen kräftig gegen die Halbierung der Beiträge gewehrt; es waren die Stimmen von 7 Millionen Versicherten, die sich darin ausdrückten. Uebrigens waren auf diesem Kongress mehr Arbeitgeber vertreten, als nach der Dreiteilung sonst sein konnten. Gegen die grundlegende Umstürzung der Verfassung haben sich alle Unternehmer-Organisationen erklärt, die nicht gerade Großunternehmer sind, so der Bund der Industriellen, der deutsche Handwerkerkongress, die deutsche Mittelstandsvereinigung u. s. w. Weiter hat jüngst eine Konferenz, die vom Reichsamt des Innern einberufen worden war und von Arbeitgebern und Arbeitern besucht gewesen ist, gegen die Halbierung der Beiträge und des Stimmrechts gestimmt. Die Arbeitgeber-Vertreter sagten, sie verlangen keinen größeren Einfluß in den Ortskassen, und es ist ihnen auch nicht bekannt, daß sie von den Arbeitern vergewaltigt werden.

Die Regierung hat alle diese Kundgebungen nicht beachtet; sie führt nur das aus, was der Zentralverband der Industriellen will. Zwischen ihm und der Regierung besteht eine sehr enge Verbindung. Es ist geradezu eine Herausforderung aller Arbeiter und Unternehmer, die in den Ortskassen gearbeitet haben und noch arbeiten, wenn die Regierung über alles hinweggeht. Die Regierung sagt, in jedem Falle, auch ohne die Halbierung der Beiträge, müssen die Arbeitgeber in der Verwaltung zur Hälfte vertreten sein; man hofft so, den Widerstand der Unternehmer, die keine Halbierung der Beiträge wollen, zu brechen. Die Frage ist für die Krankenkassen keine günstige. Die Regierung scheint ihre ganze Energie dafür einzusetzen, daß

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Eine deutsche Flugmaschinenerfindung. Eine neue Flugmaschine hat Herr Effers im rheinischen Orte Wessling bei Köln erfunden, für die das Kriegsministerium das größte Interesse bekundet. Der Apparat ist ein Eindecker und darauf berechnet, Passagiere mit in die Lüfte zu nehmen. Eine sehr sinnreiche Einrichtung, für die der Erfinder bereits den Gebrauch seiner Maschine beim Verlegen oder Wälzen des Motors. Sie besteht aus einer in diesem Falle vorzuziehenden, weiteren Tragfläche, die der Flieger leicht und allmählich zur Erde gleiten läßt. Gute Federung schützt den Stoch außerdem noch weiter ab.

Neue leuchtende Luftschiffe. Das neue englische Luftschiff, das die englische Admiralität jetzt erbauen läßt und über dem bisher geheimnisvollen Dunkel schwebte, wird einem Telegramm aus London zufolge im allgemeinen dem letzten Zeppelinmodell ähnlich sein. Es wird etwas kleiner, dafür aber schneller sein. Im übrigen bringen über die Versuche des englischen Luftschiffabenteurers mystische Einzelheiten aus Tageslicht. Sie sollen ergeben haben, daß es eine bessere Konstruktion gebe, als es der gegenwärtige Zeppelin ist, dessen Gestalt hinten wegen der großen Breite ein Bremsen zur Folge habe. Die Konstruktion, die die beste Gestalt ergebe, ähnele im Umriß dem Deck eines Kreuzers. Das Admiraltätsluftschiff soll in der Tat die Form einer Waftel haben, das heißt, seine größte Breite soll vor dem Mittelstück liegen, wie es bei allen modernen Kriegsschiffstypen der Fall ist. Die Maschinen sollen von Vickers Sons u. Magin gebaut werden. Das Luftschiff wird mit einer Anlage zur Erzeugung von Elektrizität ausgestattet werden, die für drahtlose Telegraphie Anwendung finden soll.

In Oesterreich werden gegenwärtig zwei große Lenkbalkons aus privaten Mitteln gebaut. Der Entwurf des einen Motorluftschiffes stammt von Oberleutnant Wagnersart, dem Kommandeurstellvertreter des österröisch-ungarischen Motorballons „Wagnersart“. Es handelt sich um einen Lenkbalkon nach amerikanischem System, mit einer Länge von 90 Metern und einem höchsten Durchmesser von 12,7 Metern. Das Luftschiff hat sechs Propeller, die von zwei Benzinmotoren von je 120 bis 150 Pferdekraften angetrieben werden. Der Ballon soll sowohl für militärische Zwecke als auch für Passagierzwecke vorzüglich geeignet sein. Der Aufstieg soll noch im Laufe des Monats Juli erfolgen. Der zweite Lenkbalkon ist vom Generalstabshauptmann Böhmert entworfen und nähert sich seiner Vollendung; dieser Ballon wird in der Herbstausstellung ausgestellt werden.

Aus aller Welt.

Blind geboren und sehend geworden. Der Violinist M. M. in Stuttgart, der blind geboren, im Alter von 25 Jahren durch eine Operation sein Augenlicht erlangt hat, stellt dem „Schwäbischen Merkur“ folgende Mitteilungen über seine ersten Eindrücke zur Verfügung: Von Geburt an litt ich an „Star“ und konnte von allen Gegenständen nur die Schattenurrisse sehen. Als Kind wurde ich deshalb an meinem linken Auge operiert, jedoch ohne Erfolg; es mußte später entfernt werden. Als ich im Herbst vorigen Jahres auch noch den letzten Rest meines Sehvermögens zu verlieren fürchtete, suchte ich erneut augenärztliche Hilfe nach. Erwartungsvolles Bangen überfiel mich, als mir in Aussicht gestellt wurde, daß ich durch eine Operation sehend werden könnte. Im November vorigen Jahres wurde ich in der Stuttgarter Augenklinik von Dr. Neunhöffer operiert. Nach dem Erwachen aus der Narkose wurde meine bange Frage nach dem Gelingen der Operation in günstigem Sinne beantwortet. Schon beim ersten Verbandwechsel merkte ich, daß alles viel heller war. Die Stellung verließ ohne Störung, und schon nach einigen Wochen konnte ich die Klinik verlassen. Auf Weihnachten bekam ich meine Brille, und jetzt erst eröffnete sich mir eine ganz neue Welt. Die ersten Eindrücke, die ich beim Tragen des Augenglasses empfand, waren sehr gemischt. Ich verspürte ein hohes Glücksgefühl über das, was nun werden könnte; denn ich glaube an die Größe der Veränderung meines Zustandes erst, als ich zum ersten Male durch die Brille sah. Andererseits machte mich das Bewußtsein, daß die Welt, die ich mir gebaut und in der ich mich glücklich fühlte, ihrem Ende nahe sei, für den Augenblick fast traurig. Ich war überzeugt, daß das Sehen, wozu mir nun die erste Bedingung, das physische Sehen, geschaffen war, ein Weh ist, den ich mir durch aufmerksames Studium — durch festes Lernen — erst nach und nach erringen müsse. „Nimmer taufen! Hinsehen!“ ist ein Ruf, den ich wohl noch manchmal von meinen Angehörigen und Freunden hören werde. Eigentümlich war der Eindruck, den ich hatte, als ich zum ersten Male durch das Fenster das Leben und Treiben auf der Straße verfolgte. Es war mir, als hätte ich auf eine Schaubühne, als wäre es gar kein Leben, was sich vor meinen Blick abspielte, keine Wirklichkeit, sondern etwa ein Märchen. Das Durchsehen, das Menschen, Tiere, Wagen u. s. w. bildeten, hatte etwas Vermirrendes, beinahe Unheimliches für mich. Ich hatte in meinem bisherigen Leben nie ohne Führung ausgehen können. Bald unternahm ich auch das. Zunächst machte ich kleinere Gänge in die Umgebung meines Hauses, dann besuchte ich auch meinen Arzt. Und wenn ich heute allein durch

die Stadt ziehe, allein auf der Weinstiege oder im Hasenbergwald mich ergehe, so muß ich manchmal stille stehen und mich fragen: bist du es denn wirklich? Und alles Ernstes sage ich dann: nein! Du bist in der Tat ein anderer geworden! Seit zwei Monaten erhalte ich mit zunehmendem Erfolg Unterricht im Schreiben und Lesen. Hand in Hand mit der stetigen Aufnahme neuer Sehempfindungen geht das Gefühl wachsenden Selbstvertrauens, von dem ich mir namentlich auch für meine Kunst viel verspreche. Möge noch manchem meiner früheren Leidensgenossen ein solches Glück beschieden sein.

Schweres Grubenunglück auf Zeche Entas. Auf Zeche Entas bei Dortmund ist Dienstag ein großes Unglück erfolgt. Bei der Personenbeförderung beim Schichtwechsel der Frühschicht ist eine Anzahl Bergleute dadurch verunglückt, daß sie aus dem Förderkorb in den Schacht stürzten. Drei Bergleute wurden bei dem Unglück getötet, einer schwer und einer leicht verletzt. Ein Bergmann war in den Sumpf gestürzt und sofort tot. Die drei anderen wurden in der Schachthimmertung gefunden, auch hiervon war einer tot.

Schilog zur Wülheimer Jugatastrophe. Der Jugführer des Mittelrheins, der in Wülheim a. Rh. von dem Hochverbrechen Bremer-Gemina zecklümter wurde, ist bekanntlich schwer verletzt ins Krankenhaus von Wülheim eingeliefert worden. Der Beamte hat sich jetzt etwas erholt und, wie ein Telegramm meldet, eine Aufrechterhaltung der Mittelstellung erreicht. Er erklärte, daß er, nachdem er zu sich gekommen war, alle Kräfte zusammengekommen hätte und von der Stadt der Katastrophe ein Ehrenkreuz erhalten hätte. Er erwiderte, daß er sich in der Lage befindet, die ihm anvertrauten Aufgaben zu übernehmen. Da die Wülheimer Soldaten standen, die den eben verunglückten Jug verließen hatten, wurde ein neues namenloses Unheil herbeigeführt worden, wenn nicht der Jugführer trotz seiner schweren Verletzungen dem Schnellzug entgegengefahren wäre. Der pflichtgetreue Beamte brach dann ohnmächtig zusammen und wurde ins Krankenhaus überführt.

Schilog zum Unglück in Oelbrito. Nach dem amtlichen Bericht über die schreckliche Brandkatastrophe beträgt die endgültige Zahl der Toten 325, der in Krankenhäusern Verwundeten 81, und dazu kommen noch die in Privatpflege befindlichen Verletzten. Dem Schnellzug aus Oelbrito nach Berlin, der am 12. d. M. auf der Berlin-Anhalter Bahn tätigt war, hatte die

Die Arbeiter entschlossen werden. Gerade deshalb müssen die Massen ihre abweichende Meinung immer wieder aussprechen.

Bei der Wahl des Vorsitzenden in den Ortsklassen soll später auch nicht mehr die einfache Mehrheit entscheiden, denn jede Gruppe hat besonders abzustimmen. Kommt auf diese Weise keine Wahl zustande, dann ernennen die Ausschüsse die Vorsitzenden, was der Gesetzgeber offenbar in recht vielen Fällen zu wünschen scheint. Diese Bestimmungen muß dazu führen, daß der Zwiespalt zwischen Arbeitgeber und Arbeiter eintritt. Die Landklassen sollen überhaupt keine eigene Verwaltung haben; in ihnen herrscht der Landrat, der die Geschäfte leitet. Bei den Betriebsklassen will der Entwurf, daß in Zukunft der Vorsitzende immer der Fabrikbesitzer ist. Die Innungsklassen sollen das gleiche Vorrecht haben. Das sind Bestimmungen, die einen recht kleinsten Geist zeigen und den Zweck haben, die Selbstverwaltung der Klassen zu beseitigen.

Beim Deamentrecht und den Beziehungen zu den Ärzten und Apothekern sind auch schlimme Vorschriften getroffen, auf die Redner im einzelnen einging. Zum Schluß verbreitete sich Genosse Bauer über die Organisation der Behörden und den Reichstagen, wobei er besonders betonte, daß die geplanten Versicherungsämter von den Klassen abgelehnt werden müssen, weil sie ihnen keine Vorteile bringen. Um wir alles, um den reaktionären Anschlag gegen die Krankenkassen zu bekämpfen. In der engen Heimat müssen wir uns auch an die Reichstagsabgeordneten wenden und ihnen sagen, was los ist. In jedem Streik soll man ihnen zum Bewußtsein bringen, ob nach dem Ausgange der Finanzreform von neuem die Erregung in weiten Kreisen zur Siedehitze angefaßt werden soll. (Beifall.)

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 13. April.

Der Niesenkampf im Baugewerbe.

Die Voraussetzung des Sieges ist bei den Bauarbeitern Breslaus bereits gegeben: Es herrscht eine Einmütigkeit, eine geschlossene Kampfesstimmung, wie sie unter den Bauarbeitern seit langen Jahren nicht zu verzeichnen war. Das konnte man gestern Abend in den drei Versammlungen deutlich wahrnehmen, die von den Maurern, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern einberufen waren. Dieselben Gruppen, die bisher dank der Eigenart ihres Berufes viele Meinungsverschiedenheiten untereinander auszulieben hatten, die den Versammlungen meist etwas stürmischen Charakter gaben, sind jetzt von der Brutalität eines machtworternen Unternehmertums zusammengeschnitten worden wie glühendes Eisen unter dem Hammer des Schiedes. Das ist nicht nur eine Gewähr für kommende Siege, sondern auch das beste Mittel, sich in dem bevorstehenden Kampfe die Sympathie der weitaus größten Kreise der Bevölkerung zu erringen. Die Bauarbeiter haben es 1905 gelernt, was es heißt, wenn die Öffentlichkeit auf Seite der Ausgepöbelten ist. Bereits jetzt wird den Bauarbeitern Anerkennung aus Kreisen, von denen man es nie erwartet hätte. Schreibt doch gestern das Blatt der rheinischen Großkapitalisten, die nationalliberale „Sächsische Zeitung“, in einem Artikel: „Wer trägt die Schuld?“, daß die Arbeitgeber die Schuldigen seien:

Die Frage lautet besser so: Wer trägt die größere Schuld? Und dann muß man leider sagen, daß die Bauherren sich als die Unnachgiebigeren gezeigt haben. Aus dem Protokoll über die Verhandlungen von Freitag erhellt ihnen ein unbehaglicher Anklager. Gewiß, die Arbeiter haben auch eine Art Ultimatum gestellt, als sie auf der Zurückziehung des Köhler Beschlusses über die Ungültigkeit weiterer Arbeitszeitverpflichtung bestanden; aber die Erklärung des Herrn Wächter war verfehlt, weil sie so verbundene zu zeigen, wie weit die Gegenseite entgegenzukommen trotz allem noch bereit war. Eine Katastrophe ist es, 22000 Arbeiter des Baugewerbes stehen 40000 Bauarbeitern gegenüber.

Der beschriebene Kampf wird an Größe alles übertreffen, was wir bis jetzt erlebt haben. Daß man bei den Verhandlungen den rechten Ernst am Frieden vermissen muß, ist vielleicht das Bemerkenswerteste; dieser mangelnde gute Wille belastet das Schuldkonto der Unternehmern mit einem schweren Posten. Ihnen war das Bescheid von Millionen in die Hand gegeben; sie haben zum guten Teil damit gespielt! Erst stellen sie Forderungen auf, von denen man hätte wie drücken Gemüht hätte, daß sie nur gestellt wurden, um von sie zu festhalten, und als dann das Markten anbeben sollte, da verzug man sich nicht länger, als von 2 Uhr 10 Minuten bis um 4 Uhr 30 Minuten. Wahrscheinlich ein heißes Bemühen um ein Millionenobjekt!

Es ist ein ausgeprochenes Unternehmernblasi, das so zum Anklager gegen die Baugehaltigen auftritt. Die Bauarbeiter können nun erst recht mit gutem Gewissen in den Kampf ziehen und in dem Bewußtsein, daß ihnen der Kampf aufgezwungen worden ist.

Diese Stimmung beherrscht auch die gestrigen Versammlungen, von deren Verlauf und Beschlüssen folgende Berichte Kenntnis geben:

Einmalige Beschlüsse. Als ihm ein von Berlin abgelehnter Schied entgegenkam, trat er auf das Nebengleis, um den Zug vorüberzulassen. In diesem Augenblick kam aber aus der anderen Richtung auch ein Schied und B. wurde von der Lokomotive überfahren. Der Kopf wurde dem Unglücklichen vom Hals getrennt.

Beim Arbeiterinnen beschützt. Ja bei den Docks zu Babelsberg wurde die Zuschlagsarbeiten für Leber, in deren 80 Zehntausend beschäftigt waren, aus unbekannter Ursache plötzlich gestoppt und wurden zehn Arbeiterinnen unter sich. Die Frauen saßen zur Hilfe, und nach einer Viertelstunde konnten die Arbeiterinnen nicht mehr weiterarbeiten.

Schwerer Automatenfall. Ein Arbeiter hat auf der Straße zwischen Döberitz und Döberitz an das Straßenbahnrad, über das er sich aufhob, und hat sich dabei in einen tiefen Graben geworfen. Die Arbeiter des Baugewerbes sind noch nicht fertig.

Die Maurer tagten in fraglicher Anzahl im Gewerkschaftshaus. Der Bericht vom Verbandstage erhaltete stark. Er verbreitete sich des Näheren über die kritischen Punkte, die zur Ablehnung der Bestimmungen des Arbeitgeberbundes geführt haben. Insbesondere waren die Forderungen der Einführung von Klassenlöhnen, der Akkordarbeit und der Verwaltungsparagrafen. Einstimmig habe der Verbandstag sich gegen die Bedingungen ausgesprochen. Die Resolution, die der Verbandstag mit Einstimmigkeit gefaßt hat, in der die Ablehnung in eingehender Weise begründet ist, verlas Stark, und gab dem Wünsche lebhaften Ausdruck, daß die Breslauer Kollegen derselben ebenfalls freudig zustimmen werden.

Der lebhafteste Beifall, der den Ausführungen folgte, bewies, daß die Versammlung damit einverstanden war. Stark berichtete auch über die vom Verbandstage festgesetzten Satzungen für die Lohnbewegung. Die Unterhaltungsfrage regelte sich nach der Höhe und der Dauer der Mittelfrist; sie werden in drei Klassen eingeteilt. Die höchste Unterklasse erhält die erste Klasse und zwar diejenigen Mitglieder, die vor dem 1. April 1909 dem Verband beigetreten sind; zur zweiten Klasse gehören diejenigen Kollegen, die vom 1. April 1909 bis 31. März 1910 beigetreten, und schließlich zur dritten Klasse, die erst am 1. April 1910 und später eingetreten sind. Die Klassen zur Unterklasse betragen 14 Tage, das heißt erst von der dritten Woche die Unterklasse beginnt. Diese Bestimmungen hat auf dem Verbandstag eine lebhafteste Debatte hervorgerufen. Stark konnte, weil er die Breslauer Verhältnisse genau kennt, derselben nicht ohne weiteres zustimmen, doch wurde er, wie alle Kollegen, gleich überzeugt, daß es nicht möglich sei. Die vorbereiteten Kollegen der ersten Klasse erhalten pro Woche 15 Mk., die zweiten 13 Mk., die dritte Klasse 11 Mk., die dritte Klasse 9 bzw. 7 Mk. Diese Unterhaltungen erhalten die Mitglieder, die im Lohngebiete wohnen. Überhalb Wohnende können in ihrem Heimatort bleiben und sich dort zur Kontrolle melden, sie erhalten jedoch 3 Mk. pro Woche weniger Unterhaltung, die vorbereiteten arbeiten die Kollegen erhalten für ihre Angehörigen die Hälfte der Unterhaltung.

Köhler ergänzte den Bericht, er führte aus, welche Motive den Verbandstag geleitet haben, die 14 tägige Karenzzeit festzusetzen. Die Unternehmer lauern schon darauf, die Ausgepöbelten auszuhungern; sie sind der Auffassung, die Mittel würden nicht lange anhalten. Nun, sie sollen sich täuschen, die Arbeiterverbände haben gar viele Ressourcen, doch sei Vorsicht geboten.

In der Diskussion wurde von verschiedenen Rednern bemängelt, daß die neuernannten Kollegen Unternehmung beziehen Leute, die nichts beizubringen, sollten nichts erhalten. Köhler widerlegte diese Ansicht, desgleichen auch Zünigke. Der Vorstand schlug folgende Resolution vor:

„Die heut. den 12. April 1910 tagende von 800 Kollegen beauftragte Mitgliederversammlung nimmt Kenntnis von den Verhandlungen des Verbandstages. Sie erachtet darin, daß die Unternehmer den Kampf unter allen Umständen wünschen. Die Versammlung beauftragt daher, den uns ausführenden Ausschuss aufzunehmen und beauftragt den Zweigvereinsvorstand in Gemeinschaft mit dem Bauvorstand die Leitung des Kampfes zu übernehmen und im Sinne der Kollegen zu führen. Des weiteren nimmt die Versammlung von den tatsächlichen Maßnahmen des Verbandstages Kenntnis und vertritt, dieselben zu befolgen.“

Roßer stellte die Frage: Um was handelt es sich bei diesem Kampfe? Die Unternehmer führen nichts anderes im Schilde, als die Illusion im Baugewerbe einzuführen. Jedes Mitbestimmungsrecht soll den Arbeitern annehmbar werden. Es gelte ein Sein oder Nichtsein. Entweder liegen oder sich dem Unternehmertum auf Gnade und Ungnade zu ergeben. Wir müssen uns bekümmern und Mittel finden, den Streit reichlich durchzuführen. Wenn daher der Verband keine Maßnahmen getroffen, so hat er recht daran getan. Zur Feststellung der Bauqualität ist eine Kontrolle vorgenommen worden, es sind 140 Neubauten und 14 Umbauten in Ungarn — in kurzer Zeit werden noch 22 Neubauten und 8 Umbauten hinzukommen. — Die Zahl der organisierten Unternehmer kann nicht genau festgestellt werden. Unternehmer überhaupt sind 130 vorhanden, die Geschäfte führen. Die Zahl der beschäftigten Maurer ist mehr als 1000 und ebenso viele Bauhilfsarbeiter; die meisten sind organisiert; doch gibt es noch viele Arbeitslose, die auch zum Teil organisiert sind. Bachmann und Köhler gaben die nötigen Anregungen über die zu befolgenden Maßnahmen bei der Auspöbelung. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Bauarbeiter

hielten ihre Versammlung im „Goldenen Jetter“ ab. Der Besuch war außerordentlich stark. Machol und Polmer berichteten über den außerordentlichen Verbandstag und die gegenwärtige Situation in Breslau. Die Beschlüsse des Verbandstages sind unseren Lesern bekannt. Die Arbeiter wollen keinen Zentralrat für das Reich, sondern lokale oder höchstens Bezirksräte. Bezüglich der Lohnfestsetzung wollen sie den Begriff „geübte Bauarbeiter im Tarif“ nicht anerkennen. Sie verlangen die Gleichstellung der Schicht- und Gehilfen mit den Arbeitern im Hochbau. Ferner können sie nicht zugeben, daß die Einstellung von Arbeitern, wie es in dem Tarifsystem der Unternehmer heißt, Sache der Arbeitgeber, also der Unternehmer-Organisation ist, sondern daß es dem einzelnen Unternehmer überlassen bleibt, welche Arbeiter er einstellen will. Ganz selbstverständlich ist auch die Forderung des paritätischen Arbeitsnachweises, anstelle des einseitigen von den Unternehmern verwalteten Nachweises. Der Kampf dürfte lang und schwer werden. Deshalb soll in den ersten 14 Tagen keine Unternehmung gelehrt werden. Kollegen, die arbeiten, haben bei 30 Pfennige Stundenlohn 10 Pfennige bei 35 Pfennigen Stundenlohn 20 Pfennige und bei 40 Pfennigen Stundenlohn 30 Pfennige pro Tag an die Streikstoffe abzugeben. Die entsprechenden Leistungen haben auch die Akkordarbeiter zu verbringen. Verdient ein Kollege 75 Pfennige pro Stunde im Akkord, so hat er 1 Mark pro Tag an die Streikstoffe abzugeben.

Die „Sächsische Zeitung“ wird sich arg verrechnet haben mit ihrer Behauptung, daß, wenn die Auspöbelung 100000 Arbeiter umschließt, in etwa einer Woche die Streikstoffe leer und die Arbeiter zur Kapitulanz gezwungen wären. Die Unternehmer werden des Kampfes bereits überdrüssig geworden sein, ehe der Kampfesmut der Arbeiter voll erwacht. Während des Kampfes ist nicht nur der Schnapskonsum vollständig verboten, auch anderen alkoholischen Getränken sollen die Arbeiter während dieser Zeit vollständig entsagen. Dadurch sollen die Arbeiter nicht werbliche Ausgaben, wodurch ihre Kampfesfähigkeit erheblich gesteigert wird.

Diese Ausführungen wurden mit stürmischer Zustimmung angenommen. Nur vereinzelter Beifall wurde laut, aber auch kein Ton des Mißfallens darüber, daß den Umständen nach die Unternehmung erst mit der dritten Woche beginnt. Die Bauarbeiter erkennen den Ernst der Situation. Sie wissen, daß es sich um Sein oder Nichtsein ihrer Organisation, ihrer Stärke und um die Frage handelt, ob ihr wirtschaftlicher und sozialer Aufstieg nicht abzuwenden, oder durch Unternehmernwillkür unterbrochen werden soll. Und als dann die maßgebende Resolution zur Abstimmung gebracht wurde, erhoben sich alle Hände; auch nicht einer war im Saal, der nicht bereit war, mit feiner ganzen Person für das Wohl der Gesamtheit einzustehen.

Die heut. den 12. April im „goldenen Jetter“ tagende Mitgliederversammlung der baugewerblichen Bauarbeiter Deutschlands, Zweigverein Breslau, nimmt Kenntnis von den Verhandlungen des gemeinsamen Verbandstages der Maurer und Bauhilfsarbeiter am 4. und 5. April in Berlin und erklärt sich mit den gefaßten Beschlüssen des gemeinsamen Verbandstages einverstanden. Die Bauhilfsarbeiter Deutschlands sprechen den Bauvorständen ihre Anerkennung dafür aus, daß sie die Massen von deutschen Arbeiterverbänden für das Baugewerbe unterhalten. Paritätischer Ausschuss für den Baugewerbe.

Form als unannehmbar erfüllt und dadurch die von den Arbeitnehmern des Baugewerbes geplanten Verbesserungen der jetzigen Lohn- und Arbeitsbedingungen verhindert haben.

Die heutige Versammlung beschließt einstimmig für die gefaßten Beschlüsse des Verbandstages einzutreten und dafür alles einzusetzen, um alle von dem Arbeiterverband für das Baugewerbe geplanten Verbesserungen durchzusetzen zu können.

Die Zimmerer

waren in einer Anzahl von 420 im großen Saal der „Wilhelmsburg“, Neuborsstr., versammelt. Auch hier trugen die Verbände einen wichtigen, der ersten Situation entsprechendes Gepräge. Mit großem Interesse verfolgten sie den Bericht ihres Delegierten Naumann über die Beschlüsse des entscheidenden Verbandstages und gaben überall da ihre Zustimmung zu erkennen, wo davon die Rede war, dem Willen der Unternehmer die Einseitigkeit und Geschlossenheit der Arbeiter entgegenzustellen. Beifall erscholl auch da, wo an die Dypferwilligkeit in den ersten geübten Wochen appelliert wurde. Unmut war nur über das Verhalten der Unternehmer zu konstatieren.

Dann gab Gaukler Schmidt einen Überblick über die augenblickliche Situation, die sich in den letzten Tagen wiederholt geändert habe. Bereits seien die Unternehmer da u übergeben, ihren ersten Plan, alle auszusperrn, aufzugeben. Man schaffte bereits auf den Bauten umher, um zu erfahren, wer im Verbände sei und wer nicht. Man wolle demnach wohl nur die Zentralorganisierten aussperrn. Aber das sei ein Schlag ins Wasser, denn wie wollen die Arbeitgeber erfahren, wer im Verbände ist und wer nicht? Die Arbeiter hätten keine Lust, ihre Privatfachen dem Unternehmer auf die Nase zu binden. Wie dann, wenn z. B. alle sagen, wir seien nicht im Verbände, was dann? Dann müßte man ja sofort alle aussperrn. Und wenn man es von den Arbeitern christlich verlange, daß sie nicht im Verbände seien, was dann? Dann würde, wie von allen Seiten gerufen wurde, eben unterkriechen, ferial Wer Druckler wolle, solle sie haben. Und niemand solle die Dummheit begehen, etwa Stehengelebene vom Bau herunterzuholen. Wenn die Unternehmer nicht hinauszufahren, der solle ein Stück ruhig weiter arbeiten, denn die haben dann zur Streikliste beigetragen. Wer wolle und könne, der solle nur seinen Heimatort aufsuchen. Niemand aber solle sonstige Reversen unterschreiben, ohne vorher die Organisation zu fragen. Das Unternehmertum werde sich verrechnet haben, wenn es glaube, der Verband sei in 14 Tagen zusammengebrochen. Nach 14 Tagen fange ja der eigentliche Kampf erst an!

Zum Schluß gab Goldschmidt noch bekannt, daß die bevorstehende Festsache in Breslau gewisse Unternehmer arg in die Klemme bringen würde. Die Ortsverwaltung habe sich bereits an den Festwochen-Ausschuß mit dem Ersuchen gewendet, die Arbeiten baldmöglichst auszuschieben. Man solle nur nicht glauben, daß die Zimmerer sich wieder auf Ueberstunden und Hartarbeit einlassen. Die Zeiten seien vorbei. Man solle rechtzeitig mit den Arbeiten anfangen, dann würden sie auch ohne Ueberstunden fertig. Nachdem Goldschmidt und der Gaukler nochmals die Verhaltensregeln für die kommenden Wochen bekannt gegeben und energisch erwähnt hatten, keinen Schnaps überhaupt keine alkoholischen Getränke zu trinken, wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die Mitgliederversammlung erklärt sich mit der Maßnahme der Generalversammlung voll und ganz einverstanden und verpflichtet, alles daran zu legen, um der Willkür der Unternehmer einen Riegel vorzulegen.“

Darauf wurde, nachdem sich noch Strowig, Mischke und Peinae kurz an der Diskussion beteiligt und an die Mitarbeiter erinnert hatten, mit einem dreifachen Hoch auf den kommenden Kampf die schön verlaufene Versammlung geschlossen.

Der Anmarsch der Kampfbereiten ist also erfolgt. Die Reihen der Kämpfer sind geschlossen. Mag nunmehr am Freitag nach Arbeitschluß das Signal gegeben werden — die Arbeiter sind bereit, den Kampf aufzunehmen und durchzuführen.

Donnerstag Abend soll in vier öffentlichen Volksversammlungen im „Kronprinzen“, im „Goldenen Jetter“, im „Ballhof“ und im „Dreikaisersaal“ (Milde) die übrige Bevölkerung Breslaus über die Bedeutung des Kampfes unterrichtet werden. Wir bitten unsere Leser, in Massen dort zu erscheinen und viele von denen mitzubringen, die bisher unserer Sache gleichgültig oder unwissend gegenüber gestanden haben.

Nochmals: Der Unglücksfall in der Marienmühle.

Unsere Darstellung des größten Unfalles, von dem der Müller Müde in der Marienmühle betroffen, ist von der Redaktion bisher nicht angeberichtet und erst recht nicht entkräftet worden. Es für besteht sie die in solchen peinlichen Fällen übliche Manier, in der „Sächsischen Zeitung“ eine Art Rechtfertigung zu produzieren. Dort wird der Unfall folgendermaßen dargestellt:

Am 5. d. Mts., Vormittags 9½ Uhr, wurden von einem Arbeiter, der in der dritten Etage der Marienmühle in einem Kleidergeschäft tätig war, mehrere dumpe Geräusche vernommen. Der Mann konnte jedoch bei dem heftigen Mühlengeräusch nicht feststellen, woher die Rufe kamen. Er benachrichtigte sofort den Meister Seliger, und dieser ermittelte zunächst, daß der Arbeiter Albert Müde, dem die Beaufsichtigung und Verwaltung des Getreidemagazins und die Kontrolle der automatischen Waage seit sechs Jahren oblag, nicht auf seinem Plage war. Unter der automatischen Waage, die im dritten Stockwerk steht, befindet sich ein Getreidebehälter, und es wurde nun zunächst vermutet, daß Müde durch eine in der Nähe befindliche Einstiegsöffnung in den Behälter gestürzt sei. Zunächst wurde deshalb das Getreide in diesem Behälter abgelassen, was mehrere Stunden erforderte. Gleichzeitig durchsuchten Arbeiter mit Holzstäben die Getreidemengen nach dem Vermissten. Eine weitere Möglichkeit des Verschwindens des Arbeiters war die, daß Müde, der kurze Zeit vor dem Unglücksfall im Parterre des Mühlengebäudes an der Reibwaage gearbeitet hatte, durch ein Fenster gestiegen und dabei ins Wasser gefallen sei. Die Vermutung lag nahe, weil vor dem Fenster (außerhalb des Parterre- raumes) ein kleines Quantum Meie verstreut umherlag, und weil ein solcher Unglücksfall sich bereits vor einigen Jahren einmal in der Marienmühle ereignet hatte. Es wurde sofort eine Untersuchung der in Frage kommenden Stelle und der Flächen der unteren Mühlen vorgenommen, die aber resultatlos verlief. Nicht bis zehn Personen nahmen dann an den weiteren Nachforschungen in den Mühlenräumen teil. Daß Müde zur Zeit des Vorfalls auf einem der vier übereinander liegenden Schüttböden gearbeitet hätte, wurde dabei nicht in Erwägung gezogen, weil man ihn, wie schon erwähnt, so kurz zuvor beim Gehen von Meie im Parterre gesehen und sogar gesprochen hatte.

Schließlich wurden dann die auf den Schüttböden liegenden Getreidemengen mit eisernen Stäben durchsucht, und als man dabei auch den Vermissten nicht auffand, wurden die Getreidemengen von den einzelnen Schüttböden abelassen. Die Enttierung dieser Böden, auf welchen große Mengen Getreide lagerten, vollzog sich in etwa zwei Stunden, und gegen 4 Uhr Nachmittags endlich kam die Leiche des Vermissten auf dem Schüttboden im dritten Stockwerk zum Vorschein. Müde wurde dort in kniehoher Stellung mit noch warm geblutetem Kopfe aufgefunden. Neben ihm lag ein hölzerner Schieber, (Auch falsch! Es war ein eiserner! S. d. B.) den er gezogen hatte, und Getreidemengen aus dem vierten Stockwerk nach unten zu bestreut. Die Ursache des Unfalles ist mit Sicherheit überhaupt nicht festzustellen; man nimmt jedoch an, daß der Vermisste den über ihm befindlichen Boden, wo sich nachträglich herausstellte, von ihm selbst ohne Auftrag an der Decke angebracht Schieber nur zum Teil öffnen wollte. Derentshalb oder durch

Bergewaltigungszenen im Abgeordnetenhaus.

46. Sitzung, Dienstag, den 12. April, Vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Malke. Der Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abgeordneter v. Gieseler (kons.), daß er nicht wie in der Presse behauptet worden sei, die Nationalliberalen, „Walschweiber“ genannt habe...

Wahlrechtsvorlage. Abg. v. Scheidebrand (kons.): Ich habe kurz zu erklären, daß wir heute eben abstimmen werden, wie am 18. März. (Gelächter links, Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Auch wir werden so abstimmen, wie am 18. März. Wir sind der Meinung, daß die Verbindung der indirekten mit der geheimen Wahl keine wirkliche geheime Wahl herbeiführt, und daß die Dreiteilung in den Wahlbezirken im Verhältnis mit der Maximierung zur Entziehung der westlichen Industrie dient. (Lachen rechts, Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. v. Sadowski (Pol): erklärt, daß seine Freunde gegen die Vorlage stimmen werden. (Bravo! links.)

Abg. v. Sadowski (Pol): erklärt, daß seine Freunde gegen die Vorlage stimmen werden. (Bravo! links.)

Abg. v. Sadowski (Pol): erklärt, daß seine Freunde gegen die Vorlage stimmen werden. (Bravo! links.)

Abg. v. Sadowski (Pol): erklärt, daß seine Freunde gegen die Vorlage stimmen werden. (Bravo! links.)

Abg. v. Sadowski (Pol): erklärt, daß seine Freunde gegen die Vorlage stimmen werden. (Bravo! links.)

Abg. v. Sadowski (Pol): erklärt, daß seine Freunde gegen die Vorlage stimmen werden. (Bravo! links.)

Abg. v. Sadowski (Pol): erklärt, daß seine Freunde gegen die Vorlage stimmen werden. (Bravo! links.)

Abg. v. Sadowski (Pol): erklärt, daß seine Freunde gegen die Vorlage stimmen werden. (Bravo! links.)

Recht, mit schärferen Mitteln droht. Revolutionäre Versuche werden nötigenfalls...

mit dem Schwerte des Staates erstickt werden. (Reb. Zustimmung rechts, Große Deutscher bei den Soz.) Unsere Armer steht zu Kaiser und Reich. (Reb. Heftiger Fall rechts, Große Unruhe links. Rufe bei den Soz.: Sie steht zum Volk!) Auch wir haben keinen Antrag, jetzt von unserer Stellung in der dritten Lesung abzusehen. (Rufe links, Jetzt?) Mit verschwindenden Annahmen werden wir wie damals gegen die Vorlage stimmen, und zwar jetzt auch gegen jeden einzelnen Paragraphen. Die große Mehrzahl meine Freunde zieht die dritte Lesung der geheimen Wahl vor. Anschlaggebend für unsere Ablehnung ist, daß die Dreiteilung der Wahlbezirke die Beziehungen der geheimen Abstimmung anzuheben des Zentrum und der Sozialdemokraten verleiht. Die Dreiteilung nach Gemeinden würde die demokratisierende Wirkung der Vorlage (Große Unruhe bei den Soz.), einarmigen mildern. Ferner müßten Bildung, Verdienst und Erprobung im öffentlichen Dienste mit Berücksichtigung werden. Die jetzige Vorlage entspricht durchsicht mit den Interessen des Staates und der staatsbehaltenden Politik. Unsere Bedenken werden verliert durch die Zusammenfassung der Majorität.

Wir legen entscheidenden Wert darauf, das Dreiklassenwahlrecht zu fundamentalisieren, gegenüber dem Ansturm von Seiten des Reichstagswahlrechts. Eine Prüfung kann aber nicht gehalten werden, wenn nahezu die Hälfte der Bevölkerung — das ist das Zentrum — innerlich mit der Anstreifern sympathisiert und nur auf die Geheimwahl zur Übergabe wartet. (Heftiger Fall links.) Eine mit Zentrumshilfe zustande gekommene Vorlage ist nur eine Etappe auf dem Wege zum Reichstagswahlrecht. (Zustimmung bei den Freikonservativen.) Die Mitwirkung des Zentrums verleiht die durch die Finanzreform veranlaßte Kluft zwischen Konservativen und Nationalliberalen und verschleiert den Schwerpunkt von den Rechten, die bisher bald mit dem Zentrum, bald mit den Mittelparteien eine Mehrheit bilden konnten, nach dem Zentrum hin. Unter diesen Umständen haben wir keine Verantwortung und an der Verantwortung für diese Vorlage zu beteiligen. Wir erwarten, daß die anderen Faktoren der Vergebung, (Aha! im Zentrum,) das Herrenhaus und die Regierung, sich der Verantwortung für Preußen und die Monarchie voll bewußt seien. (Beifall bei den Freikonservativen und Nationalliberalen. Bis zum im Zentrum. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.) vollumfänglich gegen Herold. Mit der ganzen Offenheit, mit der Herr Herold seine letzten Gedanken äußert, ist vernehmlich (Heiterkeit), daß er sich nur über die Dreiteilung in den Wahlbezirken, nicht über die Maximierung vertritt. Maximierung und Wahlbezirksdreiteilung zusammen schädigen das begüterte Untertumertum im Westen, das in weit überwiegender Weise die sozialen Parteien trägt und dieselbe Stellung beanspruchen kann wie das bürgerliche Großgrundbesitzerum. Das die westlichen Industriellen es vorziehen, Nationalliberalen zu wählen, statt in den

Arbeitersekretären des Zentrums ihre geeignete Vertretung zu erkennen, kann man ihnen schließlich nicht verdenken. (Beifall bei den Nationalliberalen, Gelächter im Zentrum.) Will die konservative Partei die Macht des Zentrums überlassen, so mag sie die Verantwortung dafür tragen, wir wollen sie nicht mittragen. (Reb. Beifall b. d. Nationalliberalen, Unruhe rechts und im Zentrum.)

Abg. Herold (Ztr.): Nach der Verdoppelung der Summe von 5000 Mk. auf 10.000 Mark ist die Wirkung der Maximierung gleich Null.

Weit wichtiger ist die Dreiteilung nach Wahlbezirken. Nationalliberalen und Freikonservative wenden sich da gegen, weil sie den pluralistischen Charakter des Wahlrechts nicht abschwächen, sondern gerade noch verstärken wollen. (Unruhe und Gelächter bei den Natl. u. d. Freikon.) Sogar bei der Dreiteilung in den Wahlbezirken machen in den westlichen Großstädten 38,2 Prozent der Wähler die erste Klasse aus, und auch das ist schon den Freikonservativen und Nationalliberalen zu viel. (Hört, hört! im Zentr.) Wenn die Nationalliberalen und Freikonservativen den Riß zwischen den bürgerlichen Parteien verhalten wollen, so mögen sie sich der Majorität anschließen, nicht aber verlangen, daß Majorität und Regierung una ihnen in der Frage der Dreiteilung und der Maximierung zu Willen sind. Gegen die Dreiteilung in Wahlbezirken sind doch nur Freikonservative und Nationalliberalen. Während für die Dreiteilung und für die Regierungsvorlage in jeder Beziehung 316 Mitglieder, also nahezu drei Viertel des Hauses sind. Gegenüber dieser gewaltigen Majorität werden Regierung und selbst der Minister des Innern (Heiterkeit) wohl kaum Veranlassung haben, von der Vorlage zurückzweichen. (Bravo! im Zentr.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.) befreit, daß die Verdoppelung der Summe die Maximierung wirkungslos gemacht hat.

Abg. Reinert (Soz.): Das Zentrum wechelt in der Wahlrechtsfrage alle Augenblicke eine Meinungen. In der zweiten und dritten Lesung bezeichnete Herr Herold die Maximierung als sehr wertvoll. Heute erklärt er sie für bedeutungslos. Das Zentrum weiß sehr gut, daß die geheime Wahl durch die Verbindung mit der indirekten vollständig bedeutungslos geworden ist. Schon, daß die Konservativen für dieses geheime Wahlrecht sich erklären, offenbart seinen Charakter als Danaergeschenk. Sehr wahr! b. d. Soz.) Gerate gegen die

Verbindung des Zentrums mit den Konservativen richtet sich der Zorn des Volkes. Das preussische Abgeordnetenhaus vegetierte früher nur so hin und wann Leben erst durch den Eintritt der Sozialdemokraten. (Lachen rechts, Sehr wahr! b. d. Soz.) Nun erst wurde dem Volke klar, wie sehr es von den Mehrheitsparteien mißhandelt worden war. Das Zentrum hätte seinen Standpunkt nicht einnehmen können, wenn die Nationalliberalen für des gleiche Wahlrecht eingetreten wären, statt für ein sogenanntes

aristokratisches Wahlrecht, wovon sie selbst nicht wissen, wie sie es gestalten sollen. Dann hätte man das allgemeine gleiches Wahlrecht für Preußen einst. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das Einkommen ist, daß sich das Zentrum selbst den Konservativen angeboten hat. (Hört, hört! b. d. Soz.) Hier zeigt sich die ganze verräterische Handlungsweise des Zentrums in der Wahlrechtsfrage. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Konservativen, wenn sie dem Volke kein Recht verweigern, sind

der wahre Totengräber der preussischen Monarchie. Die Arbeiterklasse ist auf dem Wege, die Macht zu erobern, ab beweis der Zeit, den die Arbeiter gegen die Polizeimethoden erachten haben. Von der Arbeiterklasse der Demokratie haben sich auch die letzten Abgegeben müssen, die bisher immer über a e Arbeiterdemonstrationen gelächelt haben. Das Volk ist erweckt und seine Erhebung ist so groß, daß Polizei und Militär dagegen nichts ausrichten können. Die reaktionären Elemente werden sich dem Druck der Massen vergebens entgegenstellen, sie werden einzeln vernichtet.

Herr v. v. Zebitz hofft auf das Militär. Aber die Soldaten, die in einigen Jahren Wähler besserer Klasse werden sollen, werden sich nicht dazu ergeben, auf das Volk zu schließen, nur deshalb, weil es nicht mehr mit der dritten Klasse zu reden ist. Überlegen Sie das: Sie können hundert, können auch tausend Staatsbürger von dem Militär, das von dem Gelde dieser Staatsbürger bezahlt wird, losziehen lassen, aber Sie können nicht die Millionen von Sozialdemokraten losziehen lassen, die das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht fordern. (Reb. Beifall bei den Soz.)

Wenn es zu der Revolution kommt, der wir nach der Ansicht des Herrn v. Zebitz entgegengehen, so nur dadurch, daß die nichtsnutzige Junkerklasse Preußens das Volk auf das äußerste reizt und es zwingt, sein Recht, das ihm vorenthalten wird, sich zu nehmen. Tag Polizei und Militär wird sich das preussische Volk die Rechte erobern, die ihm zutommen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Generaldebatte wird geschlossen. In der Einzelberatung wird Artikel I debattelos mit den Stimmen des Zentrums und der Rechten angenommen, ebenso die §§ 1 bis 3.

Bei § 4 verzichtet der konservative Redner auf das Wort und zugleich Abg. v. Arnim (kons.) einen Schlußantrag ein. Zum Wort ist noch gemeldet Abg. Strödel (Soz.) Der Schlußantrag wird angenommen. (Große Unruhe links.)

Abg. Strödel (Soz.) (zur Geschäftsordnung): In der Geschäftsordnung heißt es, daß die Debatte nicht geschlossen werden kann, bevor sie eröffnet ist, und daß mindestens ein Redner geübt haben muß. (Ich glaube demnach, daß die Beschlußfassung ungültig ist. (Reb. Fall bei den Soz.)

Präsident v. Kröcher: Das Haus hat sie beschlossen, und ich werde so verfahren. (Heiterkeit)

§ 4 wird mit den Stimmen der Konservativen und des Zentrums angenommen.

Bei § 5 wiederholt sich derselbe Vorgang, als der Abgeordnete Hirsch (Soz.) sich zum Wort meldet.

Abg. Strödel (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Ich halte es für notwendig ausdrücklich vor dem Verabschieden, in welcher Weise hier Komödie gespielt wird. (Unruhe rechts und im Zentrum.)

Präsident v. Kröcher: Komödie spielen wir hier nicht.

Abg. Hirsch (Soz.) (fortfahrend): Herr von Arnim steht die Rede nach, und so fern ein Sozialdemokrat gemeldet ist, springt er vor, nachdem vorher einer seiner Freunde vorgelesen wurde, der auf das Wort verzichtet, am Schluß zu beantragen. Ich stelle fest, daß man hier nicht nur das Volk völlig entrechtet, sondern auch die Vertreter des Volkes mundtot macht. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Präsident v. Kröcher: Abgeordnete springen hier im Hause nicht vor. (Heiterkeit.)

Die §§ 6 und 7 werden angenommen.

Bei § 8 sind die Abg. Stroffner (kons.) und Ziebeck (Soz.) zum Wort gemeldet. Der Abg. Stroffner verzichtet auf das Wort. Hierauf wird ein Schlußantrag der Konservativen angenommen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Ich konstatiere vor dem ganzen Hause, daß dieses sogenannte Hohe Haus... (Unruhe rechts, Glocke des Präsidenten.)

Präsident v. Kröcher: Herr Abg. Liebknecht, in dem „sogenannt“ liegt eine Beleidigung des Abgeordnetenhauses. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Liebknecht (Soz.) (fortfahrend): Ich konstatiere also, daß dieses „hohe“ Haus für die vierte Lesung dieser wichtigen Wahlrechtsvorlage nicht einmal zwei Stunden Zeit hat. Das Wort Komödie darf man ja nicht anwenden, das ist ein Verbrechen.

Präsident v. Kröcher: Herr Abg. Liebknecht, ich bedauere, aber ich kann mir nicht helfen, ich rufe Sie wiederum zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Der Rest der Vorlage wird angenommen.

Vor der Gesamtabstimmung nimmt das Wort zur Geschäftsordnung

Abg. Strödel (Soz.): Ich betone nochmals, daß die Abstimmung geschäftsordnungswidrig vor sich gegangen ist. Artikel 10 zu § 54 lautet: Der Schlußantrag kann selbstverständlich nur nach Eröffnung der Besprechung gestellt werden, da eine nichteröffnete Besprechung nicht geschlossen werden kann. (Hört, hört! b. d. Soz.) Redner verleiht weitere Belegstellen aus dem Blättern Kommentar. Es ist heute geschäftsordnungswidrig verfahren worden und die Abstimmungen sind ungültig. (Reb. Zustimmung bei den Soz.)

Dr. Forst (Zentrum): Herr Strödel hat den entscheidenden Satz fortgelassen. Er lautet: Das Haus könne in bestimmten Fällen das Bedürfnis empfinden und müsse deshalb die Macht haben, eine Abstimmung ohne Besprechung herbeizuführen. (Hört, hört! Große Heiterkeit rechts und im Zentrum.)

Abg. Hirsch (fortf. Sp.): Aus der Art, wie die Rechte die ganze Sache angeht hat, geht hervor, daß ihr bei der Auslegung der Geschäftsordnung doch nicht ganz wohl gemutet ist. Auch im Namen meiner Freunde protestiere ich auf das Lebhafteste gegen das Vorgehen. (Reb. Heftiger Beifall links.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): In der Beurteilung der Rechtsauffassung stimme ich mit dem Abg. Hirsch überein, aber im übrigen können meine Freunde diese Art des Vorgehens nicht billigen. Der Vorwurf, den Herr Liebknecht dem Hause gemacht hat, trifft nicht das Haus, wohl aber eine gewisse Majorität des Hauses, die Konservativen und das Zentrum. (Große Unruhe rechts und im Zentrum, lebh. Beifall links.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Um den Fall klar hinzustellen, konstatiere ich noch, daß unser Redner sämtlich gemeldet waren, daß sich ein anderer Redner meldete. (Widerwärtig rechts.)

Präsident v. Kröcher: Die Geschäftsordnung bestimmt, daß ein Redner sich erst melden kann, wenn die Debatte eröffnet ist. Das wird allerdings nie so gehandhabt, denn es wäre unmöglich. Aber wenn Sie genau nach der Geschäftsordnung verfahren wollen, so müssen Sie auch diese Bestimmungen einhalten.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Aus den Erklärungen des Herrn v. Arnim geht hervor, daß ich vollkommen recht habe, zu behaupten, daß nach der nicht geübten Praxis des Hauses wir zuerst gemeldet waren. Die Herren der konservativen Partei sind nachträglich vorangestellt worden. Wie haben uns nie dagegen gekränkt hinter größerer Parteien zurückziehen, aber wenn das dazu benutzt werden soll, mit vorhergehender Absicht Vorhergemeldeten das Wort abzuscheiden, dann ist es ein Verfahren, das jeder Republik auf das schärfste ins Gesicht schlägt. (Sehr wahr! links.) Ich konstatiere vor dem ganzen Hause, daß diese Vorlage, behaftet mit dem

Abg. v. Sadowski (Pol): erklärt, daß seine Freunde gegen die Vorlage stimmen werden. (Bravo! links.)

rechtlich die von mir bezeichneten Herren zum Worte zu werden. Bei dem nichtigen Versuche vorzugehen war, haben wir vorgegangen, auf das Wort zu verzichten. Die Behauptung, den Sozialdemokraten sei das Wort abgesprochen worden, widerspricht den Tatsachen.

Abg. Freiherr v. Nitzsch: Ich habe mich nur gemeldet, um auf das Wort zu verzichten. Da die Sozialdemokraten nichts vorgebracht hatten, was zu widerlegen war, (Zuruf bei den Soz.: Das sollte ja erst kommen.) Habe ich verzichtet.

Abg. Ströbel (Soz.): Daß ich einen Satz weglassen habe, der hier der entscheidende genannt wird, ist ein reiner Zufall. (Zuruf rechts u. im Saal.) Herr von Pappenheim meinte, wir hätten genug geredet. Das glaube ich schon, daß es ihm recht gewesen wäre, wenn dieser Wechselsatz von Gesetz ohne Kritik angenommen worden wäre, und wenn das Land draußen gerührt erlahmen blühte, in welcher Weise man mit seinen Rechten schuldlos getrieben hat.

Präsident von Kröner: Für diesen Ausdruck rufe ich Sie zur Ordnung.

Abg. Ströbel (Soz.) (fortfahrend): Herr v. Pappenheim hat auch gesagt, daß er den Schiffsführern einen Auftrag erteilt hat. Die Beamten des Präsidiums sollen aber von den Abgeordneten keine Aufträge erhalten, sondern die Interessen des ganzen Hauses vertreten. (Sehr gut! links.) Im übrigen konstatiere ich, daß mir als ich mich meldete, vom Schriftführer erwidert wurde, es sei niemand gemeldet. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Pappenheim, Sie müssen also Ihre Beauftragten noch ein bißchen besser drücken, damit wir nicht Ihre Angaben als unrichtig bezeichnen können. Ich stelle nochmals vor dem ganzen Lande fest, daß hier gegenüber der Wahrheit, die die Mehrheit der Wähler vertritt, schäbige Vergeßlichkeit geübt wurde.

Präsident von Kröner: Für diesen Ausdruck rufe ich Sie zur Ordnung.

Abg. Dr. v. Knecht (Soz.): Auch mit mir wurde, als ich mich meldete, ausdrücklich mitgeteilt, daß noch niemand gemeldet war. Herr v. Nitzsch hat offenbar etwas objektiv Unwahres gesagt. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Das geübte Verfahren könnte allerdings dazu führen, die Verhandlungen in diesem Hause überhaupt tot zu machen. (Sehr wahr! links.) Ich möchte also Herrn v. Pappenheim bitten, seine Ausführungen zu revidieren.

Schriftführer Abg. Fischer (Zentr.): Ich habe die Anstufung gegeben, daß nur die Sozialdemokraten zum Worte gemeldet waren, weil ich gehört habe, die Herren Konservativen wollten gestrichen werden. Dies hat sich als ein Irrtum herausgestellt. Die Herren Sozialdemokraten haben sich übrigens nicht schriftlich gemeldet, wie es die Geschäftsordnung verlangt. (Widerspruch bei den Soz.)

Schriftführer Abg. Schütz (natl.): Ich habe die Wortmeldungen der Herren Sozialdemokraten entgegengenommen, aber gleichzeitig und vorher hatten sich auch zu einzelnen Paragraphen meine politischen Freunde gemeldet.

Abg. Dr. Lieberich (Soz.): Herr Fischer bemerkt ich, daß ich meine Wortmeldung schriftlich mitteilen wollte, und daß er mir ausdrücklich erklärte, das mache ich für Sie. (Hört, hört!) Nach diesen Ausführungen ist es klar, daß die Herren Schriftführer sicherlich nicht ohne Verschuldigung mit den Konservativen die Streichungen vorgenommen haben, und daß das Mandat vor ihr beabsichtigt war. Ihr Verfahren hat dazu beigetragen, diese Vorlage vor der gesamten anständigen Öffentlichkeit zu diskreditieren. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Abg. Müller-Sagan (Vp.): Ich konstatiere, daß hier, wo es sich um eine brutale Knebelung der Minderheit handelte, von den Herren vom Zentrum niemand das Wort ergriffen hat. (Leb. Zustimmung links.)

Abg. Stroffer (natl.): Ich muß gestehen, daß ich nach der Vergangenheit des Herrn Müller-Sagan nicht gewöhnt bin, daß er für die Sozialdemokratie mit solchen Kraftworten eintritt. Die Minderheit ist hier niemals gefährdet worden. Die Sozialdemokraten machen aber von der Redezeit einen ungebührlichen Gebrauch. (Dravo! rechts, Unruhe b. d. Soz.)

Abg. Dr. Porich (Zentr.): Die Ausführungen des Herrn Müller-Sagan weise ich als Ueberhebungen zurück. Die Sozialdemokratie hat nur Beschränkungen vorgebracht, für eine weitere Debatte war kein sachliches Bedürfnis.

Abg. Schütz (natl.): Herr v. Pappenheim hat mich nicht in meiner Eigenschaft als Schriftführer, sondern als Privatmann und Abgeordneter beantragt. (Schwäbischer Protest links.)

Abg. Müller-Sagan (Vp.): Herr Stroffer erwidere ich, daß ich für keine Partei gesprochen habe, sondern gegen die Knebelung der Minderheit. Ich habe nur mein lebhaftes Bedauern ausgedrückt, daß die Partei, die einst für die Rechte des Parlaments eintrat, bei dieser Debatte vollständig versagt. (Leb. Protest links.)

Die Geschäftsordnungsdebatte schließt. Die Wahlrechtvorlage wird in Gesamtabstimmung gegen Sozialdemokraten, Freisinnige, Polen, Nationalliberale und Freikonservative angenommen.

Darauf wird die zweite Sitzung des Eisenbahnetats bei der allgemeinen Besprechung über die wirtschaftliche Seite des Etats fortgesetzt.

Abg. Graf Nolte (freil.) tritt für eine Erhöhung der Gütertarife ein. Es müsse ein Ausgleich gefunden werden zwischen den finanziellen Interessen des Staates und den Interessen der Landwirtschaft und Industrie an dieser Tarifermäßigung.

Eisenbahnminister v. Breitenbach betont, daß ein erheblicher Prozentsatz der Güter heute schon zu Ausnahmestufen herabgesetzt wurde. Es werde hier wieder die Tarifkommission gebildet.

Abg. Wallenborn (Zentrum) begrüßt es, daß bei der schlechten Konjunktur keine Arbeiterermäßigungen notwendig sind. Eine generelle Herabsetzung der Tarife halten wir für nicht angebracht.

Abg. Marcks (natl.) hofft, daß der Minister die berechtigten Wünsche des Publikums, auf Verbesserung des Personenerlasses berücksichtigen werde. Eine Herabsetzung der Eisenbahnerentlohnung ist die Förderung des Industrieports, Ermäßigung der Tarife schädlich die Bahnmaßnahmen nicht, weil sie zur Erhaltung der Transporte führt.

Minister v. Breitenbach: Gegenüber der geringen Anträge des Herrn Voremann über die Schließung des Bahnhofs Treptow am 6. März habe ich mitzutheilen: der Bahnhof Treptow ist im Umbau. Unter dem Bahndach führt ein Tunnel hindurch, der in den Treptower Park und nach der Berliner Seite führt. Der Tunnel wurde an dem Tage geschlossen, weil man fürchtete, das Publikum werde im Gedränge das im Tunnel aufgestellte Gerüst umstoßen. Am Nachmittag war der Bahnhof gepreßt voll und der Zugang zu der Abfertigungshalle völlig gesperrt. In solchen Fällen ist es allgemein üblich, eine Absperrung vorübergehend vorzunehmen. Und so ist es auch am heutigen Sonntag dreimal 5 bis 10 Minuten zur Abfertigung gekommen. Daß dabei die Polizei mitgewirkt hat, ist selbstverständlich. Ein unzulässiges Eingreifen des Berliner Polizeipräsidenten hat nicht vorgelegen. Die Anordnung, daß die Aufstellung von Arbeiteraufschlingern über 50 Kilometer der Grenzlinie des Ministers bedarf, hat nicht die Zustimmung dieses Hauses gefunden.

Darauf verlag: das Haus die Weiterberatung am Mittwoch 11 Uhr. Außerdem Minister Vorlagen. Schluß 5 Uhr.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Der Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe Württembergs und Umgegend hat am Freitag eine geheime Versammlung abgehalten. Die „Mittelbauzeitung“ berichtet darüber: Es wurde einstimmig beschlossen, am nächsten Sonntag unter allen Umständen die Aussperrung zu beginnen. Der Reichsausschuss Kellermeister, führt aus, in Hamburg sei eine Vereinbarung mit den Arbeitern abgeschlossen. Aber der Arbeitsnachweis habe keinen Erfolg. In Berlin seien die Verhandlungen noch in der Schärfe. In ganz Deutschland reiche man, daß

mindestens 300.000 Arbeiter ausgesperrt werden.

Sämtliche Arbeitgeber, die ausgesperrt, haben am Sonntagabend sofort Bericht zu erstatten. Man rechnet darauf, daß zwischen den Arbeitern und ihren Führern sehr bald Differenzen entstehen werden, weil die Arbeiter nicht mit dem Beschluß, daß in den ersten 14 Tagen keine Streikunterstützung gezahlt wird. Kellermeister schloß mit der Bemerkung, wenn man die Arbeiter dieses Jahr nicht niederzwingen könne, dann werde es niemals mehr möglich sein, da die Arbeiterorganisation immer stärker wird.

Die Hoffnung auf die Uneinigkeit der Arbeiter wegen Nichtunterstützung für die ersten 14 Streiktage, werden die Unternehmer sicherlich zu Grabe tragen müssen. Bei der Einmütigkeit, mit der dieser Beschluß in den Kreisen der Bauarbeiter allenthalben aufgenommen wurde, ist an eine Mißstimmung gar nicht zu denken.

Die baugewerblichen Arbeitgeberverbände von Waldburg und Umgegend, Strehlen, Mümpfich, Münsterberg und Schweidnitz haben beschlossen, dem Beschluß des Deutschen Arbeitgeberbundes im Baugewerbe nachzukommen und vom 15. d. M. ab alle organisierten Arbeiter zu entlassen. Vom Arbeitgeberverband für Breslau und Umgegend wird morgen Mittags Beschluß gefaßt werden.

In Freiburg i. B. haben die Unternehmer beschlossen, am 15. April sämtliche Bauarbeiter auszusperren. Die Nichtorganisierten werden, wenn sie wieder um Arbeit nachfragen, in die alten Plätze eingestellt. In Leipzig nahmen am Montag die Bauhilfsarbeiter von den Reichsführern der Verbandstage in Berlin Kenntnis. Am gleichen Tage hatten die Unternehmer auch für Leipzig die Aussperrung beschlossen. Das schloß nur die Kampfes Stimmung und Verärgerung, die aus allen Mägen herausbrach. Zwei, drei Redner wandten sich dagegen, daß für die ersten zwei Wochen keine Unterstützung gezahlt werden solle. Sie fanden aber in der Versammlung allenthalben stürmischen Widerspruch. Schließlich wurde einstimmig eine Resolution angenommen, nach der die Versammelten den Maßnahmen des Verbandes zustimmen und mit allen Kräften zu kämpfen verpflichten.

Die württembergische Regierung hat bei den württembergischen Arbeitgebern Erkundigungen darüber eingezogen, wie sie sich gegenüber einem vermittelnden Besuche der Regierung bei den angeführten Tarifkämpfen verhalten würden. Diese Erkundigungen haben jedoch ergeben, daß die Arbeitgeber zunächst jedem Vermittlungsversuch der Regierung von Württemberg schon deshalb ablehnend gegenüberstehen, weil sie dem deutlichen Arbeitgeberverband gegenüber gebunden sind. Unter diesen Umständen hat die Regierung im jetzigen Zeitpunkt von der Einleitung formeller Verhandlungen mit beiden Seiten als keinen Erfolg versprechend abgesehen. Aber bereits

Der Landesverband Württemberg des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hat den Beschluß gefaßt, sämtliche Betriebe am 15. d. M., Abends 6 Uhr, zu schließen und die organisierten Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter zu entlassen. Die nicht organisierten Arbeiter dürfen nur in denjenigen Betrieben weiter beschäftigt werden, in welchen sie gegenwärtig in Arbeit sind.

In Wagsburg werden am Freitag Abend rund 2000 organisierte Maurer und Bauarbeiter ausgesperrt werden. Seit Dienstag sind im Rathaus unter dem Vorsitz des Stadtrats Scholz Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern eingeleitet worden, die jedoch noch kein Ergebnis hatten. Der Thüringer Verband der Bauarbeiter beschloß am kommenden Freitag Abend sämtliche Arbeiter auszusperren und alle Betriebe zu schließen. Es handelt sich um 1054 Arbeiter und 16.000 Arbeiter. Aus Hannover wird gemeldet: In einer am Sonntag im hiesigen Gewerkschaftsgebäude abgehaltenen Delegiertenversammlung des Nordwestdeutschen Arbeitgeberverbandes wurde einstimmig beschlossen, am Freitag, 15. April, Abends 6 Uhr, die Geschäfte zu schließen und sämtliche Bauarbeiter im Bezirke des Nordwestdeutschen Arbeitgeberverbandes zu diesem Zeitpunkt auszusperrt werden. Von der Maßnahme werden in Hannover etwa 15.000 Bauarbeiter betroffen.

Hilfe für die Bauunternehmer.

Der deutsche Industriellen-Verband soll nach zuverlässigen Mitteilungen den Arbeitgebern im Baugewerbe als erste Rate den Betrag von 3 Millionen Mark zur Verfügung gestellt haben. Auch der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie soll dem deutschen Arbeitgeberverband eine finanzielle Unterstützung in Aussicht gestellt haben. Der Antrag, die 3 Millionen als erste Rate zu bewilligen, soll von den Kohlenmagnaten im Ruhrgebiet gestellt worden sein.

Der Arbeitgeberbund im Kreise Altenkirchen will ein absonderliches Mittel zur Niederzwingung der Arbeiter anwenden. Er verlangt die Unterschritt folgenden Reverses durch die Arbeiter:

Hierdurch erkläre ich, daß ich weder Mitglied des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter noch irgend einer anderen Organisation bin und nicht seit dem 1. April dieses Jahres gewesen bin. Falls sich herausstellen sollte, daß diese meine Angabe auf Unwahrheit beruht, verpflichte ich mich, vom 15. April dieses Jahres ab mit sechsmonatiger Kündigung zu einem Stundenlohn von 3 Pf. zu arbeiten. Diese Verpflichtung hat rückwirkende Kraft mit der Maßgabe, daß ich etwa zwei gezahlten Lohn zurückzahle oder mir einhalten lasse, falls sich meine Angabe später als unrichtig herausstellen sollte.

Revers bemerkt, beträgt der Stundenlohn im Altenkirchen 40-45 Pf. Dieser Revers beruht viel starkmachenden Sinn, jedoch wenig Gehaltsentwurf. Der Gewerkschaftler wird wohl diesen Scharfmachern noch planlos machen müssen, daß auch für Arbeitsverträge Lohn und Stunden gelten muß.

Arbeiterbewegung.

Zum außerordentlichen Gewerkschaftstongress

Der sich anknüpfend mit der Reichsversicherungsordnung verknüpfen ist, bei Dienstag die Generalkommission auch die christlichen und kirchlichen Dunderischen Gewerkschaften eingeladen. Die Generalkommission ging dabei von der Meinung aus, daß die interessierten Verhandlungen, die die Reichsversicherungsordnung in der Arbeiter-Versicherung bringt, alle Arbeiter, welcher politischen und gewerkschaftlichen Richtung sie auch angehören, in gleichem Maße interessieren würde. Die vereinte Stellungnahme aller Gewerkschaften würde später größeren Einfluß bei der Regierung machen und den Einfluß der Arbeiter auf die Gestaltung der Reichsversicherungsordnung erhöhen. Die christlichen und kirchlichen Dunderischen Gewerkschaften haben jedoch eine Beteiligung an einem gemeinsamen Arbeiterkongress abgelehnt. Ihre Ablehnung begründen sie damit, daß sie sich bereits an einer Konferenz beteiligten, die die Geschäftsfür soziale Reform einberufen hatte.

Die Generalkommission hat in Gemeinschaft mit dem Reichsausschuss zur Vorbereitung des Gesetzentwurfes betreffend die Reichsversicherungsordnung eine Anzahl Sachverständiger aus den Kreisen der Arbeitersekretäre, Krankenkassenangehöriger u. a. nach Berlin berufen. Dieser Kommission gehören an: Albert Kohn-Berlin, Ratzig-Stuttgart, Lim-Rüthen, Reiche-Wiesbaden, Fräßdorf-Braden, Simonsen-Berlin, Graf-Brandenburg u. a. Wiesel-Berlin, Graf

mann-Dachau und Ziesch-Berlin. Diese Sachverständigenkommission wird der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Material für die Beratung des Gesetzentwurfes zur Verfügung stellen.

Ferner soll am 22. d. Mts. eine Konferenz aus den Kreisen derjenigen Personen, die mit der praktischen Handhabung der Arbeiter-Versicherung vertraut sind, das heißt Arbeitersekretäre, Krankenkassenvertreter und Arbeitervertreter, vom Reichsversicherungsamt tagen.

Der außerordentliche Gewerkschaftstongress wird nunmehr am 25. d. Mts. in Berlin abgehalten werden.

Briefkasten.

Zaborge B. Sie können das Verdrüßungsgeld beanspruchen. B. Gottesberg. Eine Verurteilung gegen das Urteil des Amtsgerichts würde Ihnen nichts nützen. Sie müssen sich von der Frau eine eidesstattliche Versicherung geben lassen und diese der Klage beilegen. Dann brauchen Sie jetzt nicht die Kosten zahlen.

H. T. Jeditz. Nach Ihren Angaben hat der Wirt von Ihnen nichts zu verlangen. Wegen der Forderungen, die Sie haben, schicken Sie dem Manne einen Zahlungsbefehl oder verklagen Sie ihn bald.

W. Herrnsproff. Einige Gerichte haben Generalkommissionen an Sonntagen für unzulässig erklärt, andere für erlaubt. Gegen Strafbefehle erheben Sie in jedem Falle Einspruch.

W. Neustadt. 1. Wenn kein Vermögen da ist, müssen Sie die Erkundigungen als Vormund auf Ihre Kosten einzutreten. 2. Ersuchen Sie, daß die Vormundschaft einem anderen übertragen wird; Ihre Bitte dürfte aber kaum den gewünschten Erfolg haben.

C. N. Striegau. 1. Sie können nicht gezwungen werden, Ihre Kinder in die Schulklasse zu schicken. 2. Treten Sie aus der Kirche aus, so sind sie selbstverständlich die Kinder vom Besuch der Schulklasse und des Kirchenbesuches überhaupt befreit.

H. Herrnsproff. Den Zigaretten-Automaten dürfen Sie Sonntag außerhalb Ihres Geschäfts nicht aufstellen.

Winnmann. 1. Wenn Mann und Frau aus der Kirche ausgesteuert sind, können Sie sich sofort als Dissidenten bezeichnen, auch bei allen Behörden. 2. Die Kinder der Dissidenten müssen am evangelischen, katholischen oder jüdischen Religions-Unterricht teilnehmen, wenn sie keinen freireligiösen Unterricht bekommen können.

S. Rathen. Die Wäsche- und Kleidungsstücke und die Schmuckstücke, die der verstorbenen Frau gehörten, muß der Mann sofort herausgeben.



Mehr Licht
Mehr Liebe
Mehr Leben!

Sterben ist nichts — — aber leben und nicht sehen, das ist ein Unglück.

Wohlfahrts-Lotterie

für unsere armen Blinden.

Genehmigt für die Zwecke der Frauengruppe des Blinden-Fürsorge-Vereins für die Provinz Schlesien.

2170 Gewinne im 33500 Mk. Gesamtwerte von

Hauptgewinne: 10 000, 3000, 1250 Mk. usw.

Lose à 2 Mark Porto u. Liste — Ziehung — 30 Pfg. extra. 16. April 1910.

Obige Lose empfiehlt und versendet das

General-Debit: **B. Klement, Breslau I, Ring 22** gegenüber vom Schweidnitzer Keller. Spezial-Lotterie-Bankgeschäft und Münzenhandlung.

Hier am Platze sind die Lose zu haben bei:

Robert Arndt, Lotterie-Geschäft, Neue Schweidnitzerstr. 2a.
Albert Loeser, am Christopheri-Platz

u. in den bekannten, durch Plakate kenntlichen Losverkaufsstellen.

Die Silbergewinne werden mit 90% bar zurückgekauft.

Vielliebchen 10 Stück 20 Pfg.

Laferme

Reform- 1808

Cigaretten Nr. „Eins“

10 Stück 10 Pfg.,

kauft jeder,

der gut und billig rauchen will.

Wer aber 20 Pfg. für 10 Stück anlegt, der wähle die vorzüglichen und vielbegehrten

Vielliebchen-Cigaretten.

In allen Cigarren-Handlungen käuflich.

Vielliebchen 10 Stück 20 Pfg.



Persil

wäscht schnell, mühelos und billig bei größter Schonung der Wäsche!

Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Co., Düsseldorf,
auch der seit 34 Jahren weltbekanntes

Henkels Bleich-Soda.